

Forschung

Einstellungen zur Neutralität und zur NATO in Österreich und der Schweiz

Vergleich – Gemeinsamkeiten – Unterschiede

THOMAS FERST, TIBOR SZVIRCSEV TRESCH,

Dozentur Militärsoziologie der Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich

WOLFGANG H. PRINZ, GLORIA CH. STRAUB, ALEXANDER GSTREIN,

Bundesministerium für Landesverteidigung (BMLV)



Abstract

This article compares Austria and Switzerland, two neutral small states in Europe with traditionally limited opportunities for cooperation with the North Atlantic Treaty Organization (NATO). While Finland and Sweden joined the Alliance in response to the war in Ukraine, both Austria and Switzerland have maintained their neutrality – a stance that has increasingly come under international scrutiny. Theoretically, the article draws on punctuated equilibrium theory and agenda-setting approaches to explain shifts in public opinion in the context of focusing events. Empirically, it analyzes representative survey data from 2019 – 2023, complemented by multivariate regression models. The findings reveal that neutrality continues to enjoy broad support in both countries, though it has significantly declined in Switzerland

since the outbreak of the Ukraine war. At the same time, support is growing for a «differential» understanding of neutrality as well as for clearer positioning in international conflicts. In parallel, attitudes toward closer cooperation with NATO are becoming more favorable, albeit to varying degrees across the two countries. Differences between Austria and Switzerland can largely be explained by their distinct institutional contexts, particularly Austria's membership in the European Union (EU). Overall, the study demonstrates that the Ukraine war, as a focusing event, has altered both the security policy self-understanding and public opinion in neutral small states. Nevertheless, neutrality remains a stable political value, adapting to new geopolitical realities without being fundamentally challenged.

Schlüsselbegriffe Schweiz; Österreich; öffentliche Meinung; Neutralität; NATO-Kooperation

Keywords Switzerland; Austria; public opinion; neutrality; NATO-cooperation



**LIC. PHIL. MAS CRIM. (LL.M.)
THOMAS FERST** hat an der Universität Zürich das Lizentiat in Politikwissenschaften abgeschlossen und an der Universität Bern den Master of Advanced Studies (MAS) in Kriminologie (LL.M.) absolviert. Seit Februar 2015 ist er wissenschaftlicher Projektleiter Studienreihe «Sicherheit» an der Dozentur Militärsoziologie der Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich.
E-Mail: Thomas.Ferst@vtg.admin.ch



**MINISTERIALRAT MAGISTER
WOLFGANG H. PRINZ, BAKK.** hat an der Universität Wien das Diplomstudium Psychologie und das Bakkalaureatstudium Betriebswirtschaft absolviert. Seit 2007 ist er Militärpsychologe und leitet seit 2022 das Referat strategische Markt- und Meinungsforschung im Bundesministerium für Landesverteidigung (BMLV).
E-Mail: wolfgang.prinz@bmlv.gv.at



**RÄTIN MAGISTRA GLORIA CH.
STRAUB** hat das Diplomstudium Psychologie an der Universität Wien abgeschlossen und ist seit 2015 als Psychologin in verschiedenen Funktionen beim Bundesministerium für Landesverteidigung und Österreichischen Bundesheer tätig. Sie ist Militärpsychologin und seit 2022 Forscherin im Referat strategische Markt- und Meinungsforschung im Bundesministerium für Landesverteidigung.
E-Mail: gloria.straub@bmlv.gv.at



**OBERSTLEUTNANT DES HÖHEREN
MILITÄRFACHLICHEN DIENSTES
MAGISTER (FH) DR. ALEXANDER
GSTREIN**, MSc hat den Fachhochschul-Studiengang «Militärische Führung» der Theresianischen Militärakademie, ein Doktoratsstudium der Politikwissenschaften sowie einen Master of Science zu Personal-, Team- und Organisationsentwicklung an der Universität Wien absolviert. Er ist hauptberuflich Referent im Referat für Organisationskultur im Bundesministerium für Landesverteidigung, Lehrtrainer für Führungs- und Kommandantenverhalten und ebenfalls als Unternehmensberater, Personal-, Team- und Organisationsentwickler in der Privatwirtschaft tätig.
E-Mail: alexander.gstrein@bmlv.gv.at



**DR. PHIL. TIBOR SZVIRCSEV
TRESCH** ist seit August 2008 Dozent für Militärsoziologie an der Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich. Er studierte Soziologie, Politikwissenschaft und Kriminologie an der Universität Zürich. Szvircsev Tresch ist Herausgeber der jährlich erscheinenden Studienreihe «Sicherheit», die gemeinsam von der MILAK und dem Center for Security Studies (CSS), ETH Zürich durchgeführt wird.
E-Mail: Tibor.Szvircsev@vtg.admin.ch

Einleitung

Dieser Beitrag vergleicht Österreich und die Schweiz, zwei neutrale Kleinstaaten in Europa mit traditionell begrenzten Kooperationsmöglichkeiten gegenüber der NATO. Während Finnland und Schweden im Zuge des Ukrainekriegs der Allianz beitraten, halten beide Länder an ihrer Neutralität fest – eine Haltung, die international zunehmend kritisch diskutiert wird. Theoretisch stützt sich der Artikel auf die Punctuated-Equilibrium-Theorie sowie den Agenda-Setting-Ansatz, um Verschiebungen in der öffentlichen Meinung im Kontext fokussierender Ereignisse zu erklären. Empirisch werden repräsentative Befragungsdaten aus den Jahren 2019–2023 analysiert, ergänzt durch multivariate Regressionsmodelle. Die Ergebnisse zeigen, dass Neutralität in beiden Ländern weiterhin breite Unterstützung findet, in der Schweiz jedoch seit Beginn des Ukrainekriegs signifikant an Rückhalt verloren hat. Gleichzeitig steigt die Zustimmung zu einer «differenziellen» Neutralität sowie zu einer klareren Positionierung in internationalen Konflikten. Parallel dazu wächst in beiden Ländern – wenngleich unterschiedlich ausgeprägt – die Befürwortung einer verstärkten Zusammenarbeit mit der NATO. Unterschiede zwischen Österreich und der Schweiz lassen sich dabei auf ihre institutionellen Kontexte zurückführen, insbesondere auf die EU-Mitgliedschaft Österreichs. Der Beitrag macht deutlich, dass der Ukrainekrieg als fokussierendes Ereignis sowohl das sicherheitspolitische Selbstverständnis als auch die öffentliche Meinung in neutralen Kleinstaaten verändert. Gleichwohl bleibt Neutralität ein stabiler politischer Grundwert, der sich an neue geopolitische Realitäten anpasst, ohne grundsätzlich infrage gestellt zu werden.

«Die Ergebnisse zeigen, dass Neutralität in beiden Ländern weiterhin breite Unterstützung findet, in der Schweiz jedoch seit Beginn des Ukrainekriegs signifikant an Rückhalt verloren hat. Gleichzeitig steigt die Zustimmung zu einer «differenziellen» Neutralität sowie zu einer klareren Positionierung in internationalen Konflikten.»

«Parallel dazu wächst in beiden Ländern – wenngleich unterschiedlich ausgeprägt – die Befürwortung einer verstärkten Zusammenarbeit mit der NATO.»

Ausgangslage

Seit 2019 besteht zwischen den DACH-Ländern Deutschland, Österreich und der Schweiz im Bereich der Bevölkerungsbefragungen zu aussen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Themen ein wissenschaftlicher Austausch. In Deutschland führt das Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) seit 1996 jährlich eine repräsentative Bevölkerungsbefragung zu den sicherheits- und verteidigungspolitischen Einstellungen der deutschen Bundesbürgerinnen und Bundesbürger durch (Graf 2024, 92). Seit 2019 wird in Österreich durch das Bundesministerium für Landesverteidigung (BMLV) jährlich im Rahmen repräsentativer Bevölkerungsbefragungen im «Trend Radar» das Sicherheits- und Bedrohungserleben sowie verteidigungspolitische Einstellungen und das Image des österreichischen Bundesheeres in der österreichischen Wohnbevölkerung erhoben (Waldhauser et al. 2023). In der Schweiz wird seit 1991 unregelmässig und seit 1999 in regelmässigen Abständen das aussen-, sicherheits- und verteidigungspolitische Meinungsbild im Trend im Rahmen der Studienreihe «Sicherheit» gemessen (Szvircsev Tresch et al. 2023, 83). Im Zuge der Kooperation wurden von Österreich seit 2019 ausgewählte Fragen der Schweiz zur Neutralität und zur Kooperation mit dem Nordatlantikpakt (NATO) übernommen. Konkret handelt es sich hierbei um Fragen der Beibehaltung der Neutralität (2019–2023) und der NATO-Kooperation (2019–2023). Fragen zur «differenziellen» Neutralität und klaren Positionierung werden seit 2023 auch in Österreich gestellt (Waldhauser et al. 2023).

Österreich und die Schweiz sind neutrale Kleinstaaten in Europa (Senn 2022). Aufgrund ihrer Neutralität sind in beiden Ländern die aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationsmöglichkeiten mit der NATO eingeschränkt (Senn 2022; Villiger 2023). Während die ehemals neutralen und bündnisfreien Staaten Finnland und Schweden im Kontext des Ukrainekrieges einen NATO-Beitrittsantrag stellten (Isoaho et al. 2023) und seit 2023 (Finnland: 04.04.2023; NATO 2024a), respektive 2024 (Schweden: 11.03.2024; NATO 2024c) NATO-Mitgliedsstaaten sind, halten sowohl Österreich auch

als die Schweiz weiterhin an ihrer Neutralität fest (EDA 2022b; Frank 2024). Der deutsche Politologe Herfried Münkler spricht zusammen mit den NATO-Beitritts-gesuchten Finnlands und Schwedens und der international lauter werdenden Kritik an der Neutralität dem Prinzip der Neutralität für Europa eine deutlich geringere Bedeutung zu (Feusi 2023). Die 2019 vom französischen Präsidenten Emanuel Macron noch als «hirntot» (Widmer 2020) bezeichnete NATO erlebt indessen infolge des Ukrainekrieges eine Renaissance (NDR 2022; Speck 2022). Im Kontext des Ukrainekrieges wird das Abseitsstehen neutraler Staaten zusehends kritisch gesehen (Bühler 2023, 13; Caminada 2023, 13; Jorio 2023; Meier 2023). Als neutrale Kleinstaaten, die ausserdem ein ähnliches politisches System und einen ähnlichen staatsrechtlichen Aufbau haben (Goetschel 1998), eignen sich die Schweiz und Österreich für einen Vergleich. Im Rahmen dieses Artikels wird der Frage nachgegangen, inwieweit sich Gemeinsamkeiten und Unterschiede bei Einstellungen hinsichtlich der Neutralität und Kooperation mit der NATO in der Schweizer und österreichischen Bevölkerung zeigen.

Im folgenden Abschnitt wird eine theoretische Einbettung vorgenommen und daraus Thesen abgeleitet. Nach der Erläuterung des Forschungsdesigns und Begründung der Fallauswahl werden die politischen Systeme beider Länder beschrieben. Darauf folgen die Operationalisierung und Methodik. Im Abschnitt Resultate werden nach Vorstellung deskriptiver Befunde, multivariate lineare Regressionsmodelle für beide Länder berechnet und interpretiert. Der Artikel wird durch Schlussfolgerungen und abschliessende Anmerkungen abgerundet.

Theoretische Einbettung und Thesen

Obschon in Österreich (Bundesministerium für Landesverteidigung/Markt 2023; Waldhauser et al. 2023) als auch in der Schweiz (Szvircsev Tresch et al. 2023) die Einstellungen der Bevölkerung gegenüber der Beibehaltung der Neutralität als auch gegenüber der Kooperation mit der NATO recht konstant sind, haben sich diese Einstellungen nach dem Kriegsausbruch in der Ukraine (24.02.2022) in der Schweiz statistisch signifikant verändert. Wie können Schwankungen in der öffentlichen Meinung, insbesondere die geringere Zustimmung zur Neutralität im Kontext des Ukrainekrieges erklärt werden? Forschungen zeigen, dass fokus-

sierende Ereignisse¹ einen Einfluss auf die öffentliche Meinung haben können (Birkland 1997; Birkland & DeYoung 2015; Bishop 2013; DeLeo et al. 2021; Steffen & Patt 2022; vgl. Ferst & Roost 2023; Ferst & Szvircsev Tresch 2023; Ferst 2026; Ferst & Szvircsev Tresch 2023). Dabei sind fokussierende Ereignisse in Anlehnung an Kindgors (1995) als exogene und endogene Schocks zu verstehen, die ein «window of opportunity» öffnen (Herweg & Zohnhöfer 2022) die das öffentliche und politische Interesse auf ein Thema lenken, aus welchem ein Problem identifiziert wird und welches eine Intervention der Regierung erfordert (Beyer et al. 2022, 7). Durch die Punctuated-Equilibrium-Theorie kann anhand einer Aufmerksamkeitsverschiebung erklärt werden, warum in einem spezifischen Politikfeld lange wenig passiert und dann plötzlich und unerwartet eine grundlegende Veränderung stattfindet. Die Hauptthese der Punctuated-Equilibrium-Theorie beinhaltet, dass sowohl politische als auch organisatorische Veränderungen nicht kontinuierlich und schrittweise verlaufen. Die Phasen von relativer Stabilität werden durch plötzliche, tiefgreifende Umbrüche unterbrochen und führen zu einem Policy Wandel. Diese Theorie wurde 1993 von den beiden Politikwissenschaftlern Frank Baumgartner und Bryan D. Jones entwickelt. In Anlehnung an das evolutionstheoretische Modell aus der Biologie, ist die Theorie im Stande, Policy Change (Politikveränderung) zu erklären (Beyer et al. 2022). Als klassisches Beispiel für die Schweiz gilt der abrupte Wandel der Schweizer Bankgeheimnis-Politik, ausgelöst durch den UBS-Skandal, internationalen Druck und Ermittlungen seitens der USA (Gava 2014).

Die Literatur des Agenda-Setting-Approachs beschäftigt sich unter anderem mit der Frage, wie und warum es gewisse Policy-Themen auf die politische Agenda und in die öffentliche Diskussion schaffen und andere nicht (Knill & Tosun 2015, 76). Jäger et al. (2006, 3) führen aus, dass die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit eine knappe kognitive Ressource ist. Aufgrund dessen kann nur eine beschränkte Anzahl der theoretisch unendlich vielen verschiedenen Themen auf die politische Agenda gesetzt werden (Knill & Tosun 2015, 70). Nach Downs (1972) gibt es einen Konjunkturzyklus der Aufmerksamkeit, in dem externe Ereignisse das mediale Interesse und die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf bestimmte Themen lenken. Dabei flacht die Aufmerksamkeit nach einer gewissen Zeit jedoch wieder ab und verschiebt sich auf ein neues Thema.

«Da Österreich, im Gegensatz zur Schweiz, auch Mitgliedstaat der Europäischen Union (EU) ist, ergeben sich bedingt durch die Neutralität jedoch besondere Herausforderungen.»

Somit kann der Ukrainekrieg als fokussierendes Ereignis verstanden werden, der sowohl einen bedeutenden Einfluss auf den Diskurs über die Neutralität in Österreich hat (Schwarz & Urosevic 2023)² als auch in der Schweiz dazu führt, dass wieder stärker über die Neutralität (Swissdox 2023a)³ als auch über eine Kooperation mit der NATO (Swissdox 2023b)⁴ diskutiert wird. Welche Auswirkungen dabei das offene «window of opportunity» auf die öffentliche und politische Debatte in der Schweiz und in Österreich haben wird, wird sich in Zukunft zeigen. Da Österreich, im Gegensatz zur Schweiz, auch Mitgliedstaat der Europäischen Union (EU) ist, ergeben sich bedingt durch die Neutralität jedoch besondere Herausforderungen. So hat die EU seit Beginn des Ukrainekrieges neben nicht-militärischen Massnahmen wie Sanktionen auch Militärhilfen geleistet, Assistenzmissionen⁵ gestartet und mit EU-Geldern teilfinanzierte Vorhaben der europäischen Produktion von Artilleriemunition unterstützt (Franke 2024). Wie Steindl (2023) folgert, wurde durch den Ukrainekrieg die Sicherheitsarchitektur Europas zerschlagen, was sich auch auf die Kooperationen zwischen EU und NATO auswirkt. Er leitet daraus die Notwendigkeit für Kooperationsfelder der beiden Organisationen ab, die darauf abzielen, die europäische Infrastruktur für Truppenbewegungen auf- sowie die Rüstungsindustrie auszubauen.

Als Folge des Ukrainekrieges sind Diskussionen über Waffenlieferungen, ein Erstarken der NATO (Heidelberger et al. 2022) und wachsende Kritik an neutralen Ländern wie der Schweiz (Bühler 2023, 13; Caminada 2023, 13; Jorio 2023; Meier 2023) und Österreich (Janik 2023; Seidl 2023; Stepan 2023; Ultsch 2023) festzustellen. Aus historischer Perspektive argumentiert Jorio (2023), dass der neutrale Status der Schweiz sowohl innen- als auch aussenpolitisch in Friedenszeiten unbestritten ist, dieser aber insbesondere bei Kriegen unter Druck gerät. Widmer (2023, 100) führt aus, dass Neutralität der menschlichen Natur im Grunde genommen zuwiderläuft, da der Mensch von Natur aus zur Parteinahme tendiert und jenen beistehen möchte, die Unrecht erleiden. Dies zeige sich in den Reaktionen der Schweiz im Kontext des Ukrainekrieges.

In der Schweiz wurde im Januar 2014 und im Januar 2023 im Rahmen der Studienreihe «Sicherheit» nach der Einschätzung der Wichtigkeit von sieben Merkmalen der Neutralität gefragt. Dabei zeigt sich bei beiden Erhebungszeitpunkten dieselbe Reihenfolge⁶, und dass die erfragten Merkmale von einer Bevölkerungsmehrheit befürwortet werden (Szvircsev Tresch et al. 2023, 201–205). Es gilt anzumerken, dass die Daten der Studie «Sicherheit 2014» im Januar (Szvircsev Tresch et al. 2014) und damit vor der Annexion der Krim (20.02.2014–21.03.2014) erhoben wurden und damit die «normale» Lage widerspiegeln. Svzircsev Tresch et al. (2023, 202) interpretieren die geringen signifikanten Verschiebungen⁷ dahingehend, dass Stimmberechtigte in der Neutralität einen Wert an sich sehen, da Werte im Gegensatz zu Einstellungen über die Zeit betrachtet vergleichsweise stabil sind (Merz-Benz 2015). Die über die Jahre hohen und stabilen Zustimmungsraten zur Neutralität und der im langjährigen Durchschnitt (Ø 1993–2023) geringe Anteil von 23% der Befragten, für welche Neutralität kein finaler Wert an sich ist,⁸ lassen den Schluss zu, dass es sich bei der Neutralität um einen wichtigen und stabilen Wert handelt, durchaus plausibel erscheinen (Szvircsev Tresch et al. 2023, 202). Anhand der oben aufgeführten Argumente wird folgende These abgeleitet, die anhand der Erhebungsjahre 2019–2023 untersucht wird:

These I: Im Kontext des Ukrainekrieges wird in der Schweiz und Österreich die Beibehaltung der Neutralität weniger stark unterstützt.

Vor dem Ukrainekrieg ist sich die Schweizer Stimmbürgerin hinsichtlich der Einstellungen gegenüber der «differenziellen» Neutralität⁹ uneinig (Ø 2019–2022: 52%). Im Kontext des Ukrainekrieges wird diese Auslegungsart stärker unterstützt. Da dieses Item 2023 erstmals in Österreich gestellt wurde, kann diese These nicht für beide Länder überprüft werden. Daher wird postuliert, dass in beiden Ländern die Zustimmung zur «differenziellen» Neutralität ähnlich ausfallen dürfte.¹⁰

These II: In beiden Ländern wird 2023 die «differenzielle» Neutralität ähnlich stark befürwortet.

Zwischen 2019 und 2021 wird vom Schweizer Elektorat die klare Positionierung¹¹ vergleichsweise wenig unterstützt (Ø 2019–2021: 16%; Svzircsev Tresch et al. 2023, 187). In Anlehnung an Widmer (2023, 100) ist

im Kontext des Ukrainekrieges zu erwarten, dass der klaren Stellungnahme stärker zugestimmt wird, da «neutral sein» der menschlichen Natur zuwiderläuft. Zudem kann angenommen werden, dass auch die innen- als auch die aussenpolitischen Debatten über die Glaubwürdigkeit der Schweizer Neutralität und der immer stärker unter Druck geratene neutrale Status der Schweiz (Bühler 2023, 13; Caminada 2023, 13; Jorio 2023; Meier 2023) hier eine Rolle spielen dürften. Da auch diese Aussage 2023 erstmals in Österreich erhoben wurde, kann diese These nicht für beide Länder überprüft werden. Daher wird postuliert, dass in beiden Ländern die Zustimmung zur klaren Positionierung ähnlich ausfallen dürfte.¹²

These III: In Österreich und der Schweiz wird 2023 die klare Stellungnahme ähnlich stark unterstützt.

Als neutrale Kleinstaaten ist die Kooperation Österreichs und der Schweiz mit der NATO nur eingeschränkt möglich (Villiger 2023) und hat in Friedenszeiten einen geringen medialen und politischen Stellenwert (Swissdoo 2023b). Mit der russischen Invasion in die Ukraine stellt sich für Europa als auch für die neutralen Staaten Österreich und Schweiz die Frage nach der Sicherheit neu (BDP 2025). Speck (2022) spricht im Kontext des Ukrainekrieges von einer Wiedergeburt der NATO und der Beantwortung des Daseinszwecks jener Organisation, welche im November 2019 vom französischen Präsidenten noch als «hirntot» (Widmer 2020) bezeichnet wurde. In diesem Kontext erscheint eine NATO-Kooperation attraktiver und die Zustimmung nimmt zu. Zunächst einmal wird dies anhand der Erhebungsjahre 2019–2023 untersucht. Sofern hier ein Einfluss aufgezeigt werden kann, kann dieser als Annahme auf das Jahr 2023 übertragen werden.

These IV: Im Zuge der kritischeren Sichtweise der Neutralität im Kontext des Ukrainekrieges wird in beiden Ländern eine Kooperation mit der NATO stärker befürwortet.

Forschungsdesign und Fallauswahl

Die vergleichende Politikwissenschaft unterscheidet bei vergleichenden Fallstudien zwischen dem Most Similar Design und dem Most Different System Design (Lauth et al. 2014, 56–61). Bei Most Different System Design-Fallstudien werden Fälle (z. B. Länder) miteinander verglichen, welche hinsichtlich der unabhängigen Variablen mög-

lichst unterschiedlich sind. Im Falle einer Most Similar Design-Fallstudie werden die Untersuchungsfälle (Länder) unter dem Gesichtspunkt ausgewählt, dass möglichst gleiche oder zumindest sehr ähnliche Ausgangs- und Rahmenbedingungen vorliegen (Pickel 2015, 10).

Aufgrund der Neutralität, der ähnlichen politischen Systeme, geografischen Lage, Topografie sowie Deutsch als dominierende Landessprache¹³ kommt beim Vergleich zwischen Österreich und der Schweiz das Most Similar System Design zur Anwendung. In diesem Sinne werden für beide Länder ähnliche Stichproben und Grundgesamtheiten verwendet. In der Schweiz wird mittels telefonischen Interviews (CATI: Computer Assisted Telephone Interviews) eine repräsentative Stichprobe der Schweizer Stimmbevölkerung (Schweizerinnen und Schweizer ab 18-Jahren mit Stimmberechtigung auf eidgenössischer Ebene; Szvircsev Tresch et. al. 2023, 87) erhoben. Die Datenerhebung erfolgt jeweils im Januar, Ausnahme bilden hier die Nachbefragungen wegen COVID-19 im Juli 2020¹⁴ und im Juni 2022 wegen des Krieges in der Ukraine (Szvircsev Tresch et. al. 2023).

In Österreich wird mittels eines Mixed-Mode-Ansatzes (CAWI: Computer Assisted Web Interviews und CAPI: Computer Assisted Personal Interviews) eine Stichprobe der österreichischen Wohnbevölkerung ab 15 Jahren befragt (Waldhauser et al. 2023, 12). Für den vorliegenden Artikel wird diese an die Stimmbevölkerung (ab 16 Jahren) Österreichs angepasst (vgl. Parlament Österreich, 2024).

Während das politische System der Schweiz stark direktdemokratisch und föderalistisch geprägt ist, ist das System Österreichs repräsentativ-demokratisch und stärker parteipolitisch und zentral geprägt. In der Schweiz ist die Neutralität Teil der nationalen Identität, historisch selbstgewählt, immerwährend und bewaffnet und wurde 1815 völkerrechtlich anerkannt. Im Gegensatz dazu wurde Österreich 1955 zur Neutralität verpflichtet und sie wurde nicht völkerrechtlich anerkannt.

Auf dem Global Peace Index 2023 rangiert Österreich auf dem fünften und die Schweiz auf dem zehnten Platz von 163 berücksichtigten Ländern (Institute for Economics & Peace 2023, 8). Gemäss dem Freedom House Index sind Österreich und die Schweiz freie Län-

«Während das politische System der Schweiz stark direktdemokratisch und föderalistisch geprägt ist, ist das System Österreichs repräsentativ-demokratisch und stärker parteipolitisch und zentral geprägt. In der Schweiz ist die Neutralität Teil der nationalen Identität, historisch selbstgewählt, immerwährend und bewaffnet und wurde 1815 völkerrechtlich anerkannt. Im Gegensatz dazu wurde Österreich 1955 zur Neutralität verpflichtet und sie wurde nicht völkerrechtlich anerkannt.»

der (Freedom House 2023). 2021 werden die Schweiz (Platz 6) und Österreich (Platz 20) unter Berücksichtigung von 177 Ländern als «funktionierende Demokratie» bezeichnet (Universität Würzburg 2021). Damit sind beide untersuchten Fälle freie und sichere Länder mit einer funktionierenden Demokratie.

Fallstudie: Schweiz

Gemäss Hummler und Jaeger (2017) ist die Schweiz ein Kleinstaat, der im internationalen Vergleich aufgrund seiner Wesensmerkmale einzigartig und ein Sonderfall ist (Krumm 2013). Referenzierend auf Huber (1932, 57), Widmer (2008, 103), Imhof (2007, 7) und Mirow (2012) sind direkte Demokratie, Föderalismus, Konkordanz, Neutralität, Mehrsprachigkeit, allgemeine Wehrpflicht und Milizsystem in Politik und Militär sowohl Faktoren des Sonderfalls als auch prägende Wesensmerkmale der Schweiz. Aufgrund der stark ausgebauten (halb-)direkten Konkordanzdemokratie der Schweiz (Linder & Wirz 2017, 145–147) kommen dem Elektorat und seiner Meinung als oftmals letztentscheidende Instanz eine grosse Bedeutung zu. Im internationalen Vergleich geniesst in der Schweiz die Erforschung der öffentlichen Meinung einen entsprechend hohen Stellenwert, da sie generell und insbesondere bei aussenpolitischen Anpassungsprozessen (Bernauer & Walter 2022, 52) als auch bei verteidigungspolitischen Vorlagen (Wenger 2022, 712) ein zentraler Einflussfaktor ist.

Schweizerische Aussen- und Sicherheitspolitik

In der Selbstdarstellung der modernen Schweiz, ist die Neutralität der Schweiz selbstgewählt, dauernd und bewaffnet (EDA 2022a, 6; Schweizerischer Bundesrat 2022, 2–3). Historiker wie Georg Kreis (2004), Marco Jorio (2023) als auch Sacha Zala (2021) betrachten die Schweizer Neutralität nicht

als unverrückbare Staatssäule, sondern sehen in ihr eine pragmatische und verhandelbare Strategie. Das Neutralitätsverständnis der Schweiz wird dabei durch historische Realpolitik und flexible Interpretation geprägt und verändert sich im Kontext geopolitischer Herausforderungen.

«Historiker wie Georg Kreis (2004), Marco Jorio (2023) als auch Sacha Zala (2021) betrachten die Schweizer Neutralität nicht als unverrückbare Staatssäule, sondern sehen in ihr eine pragmatische und verhandelbare Strategie. Das Neutralitätsverständnis der Schweiz wird dabei durch historische Realpolitik und flexible Interpretation geprägt und verändert sich im Kontext geopolitischer Herausforderungen.»

Dabei setzt sich die Neutralität aus dem Neutralitätsrecht und der Neutralitätspolitik zusammen (Schweizerischer Bundesrat 2022, 6). Damit ist es beim Diskurs um die Schweizer Neutralität und deren Verständnis essenziell, dass zwischen dem Neutralitätsrecht (Neutralität im engeren Sinn)¹⁵ und der Neutralitätspolitik (Neutralität im weiteren Sinn)¹⁶ differenziert wird. Aufgrund des Neutralitätsstatus der Schweiz sind ihre aussen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Kooperationsmöglichkeiten eingeschränkt (Villiger 2023).

Obschon die Mitgliedschaft bei der Organisation der Vereinten Nationen (UNO) mit der Neutralität vereinbar ist, stimmte die Schweizer Stimmbevölkerung erst bei der zweiten Volksabstimmung 2002 für den Beitritt.¹⁷ 1986 wurde die Volksabstimmung noch vom Elektorat deutlich verworfen.¹⁸ Die Schweiz ist das einzige Land der Welt, in welchem erst nach einer Volksabstimmung der Beitritt zur UNO erfolgte (EDA 2023a).

Für Havel (2000) ist Neutralität nicht nur eine abstrakte Rechtsnorm, sondern auch eine funktionale Institution des Völkerrechts, welche durch globalpolitische Entwicklungen (Ende Kalter Krieg) zunehmend hinterfragt wird. Er spricht sich für die Rekonzeptionalisierung der Neutralität aus und zwar in Einklang mit UNO-Dynamiken und neuen Formen internationalen Kooperationsformen und damit weg von der starren

Kriegslogik hin zu einem flexiblen Friedensinstrument. Zusammen mit dem grossen politischen und gesellschaftlichen Stellenwert der Neutralität als Institution, hat sie bis heute einen starken Einfluss auf den aussenpolitischen Spielraum der Schweiz.

Unter Ausklammerung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) als auch der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GASP) ist ein Beitritt der Schweiz zur EU theoretisch möglich (Villiger 2023).¹⁹ Bei einem allfälligen Beitritt der Schweiz zur EU muss die direkte Demokratie als bedeutender Teil der schweizerischen politischen Kultur diskutiert werden (Linder & Wirz 2017, 160). Gemäss Linder (2013, 200) befürchtet die Schweizer Stimmbevölkerung, dass durch eine EU-Mitgliedschaft die direkte Demokratie unterminiert und weniger wirksam wäre. In der Wahrnehmung der Schweizer Stimmbevölkerung würde ein EU-Beitritt der Schweiz die politische Neutralität, die nationale Souveränität und die direkte Demokratie einschränken, was wiederum die Identität der Schweiz bedrohen würde.

Aufgrund des Art. 5 des NATO-Vertrags und der damit einhergehenden Beistandspflicht im Falle eines Konflikts (NATO 2019) ist ein NATO-Beitritt für die Schweiz aus neutralitätsrechtlichen Gründen nicht möglich (Villiger 2023). Gemäss der gegenwärtigen Einschätzung des Generalsekretariats VBS (2022, 1–2) und Mark E. Villiger (2023) ist indes die Schweizer NATO-Kooperation in Form der Partnership for Peace (PfP; seit 11.12.1996; NATO 2024b) mit dem Neutralitätsrecht vereinbar.

Eine maximale Öffnung der Schweiz würde ihr zwar mehr Einflussmöglichkeiten gewähren, allerdings würde dies gleichzeitig die Autonomie der Schweiz zu einem gewissen Grad verringern und Probleme mit dem heutigen Neutralitätsverständnis mit sich bringen (Fanzun & Lehmann 2000; Nünlist 2018). Zudem ist aktuell weder ein EU- noch ein NATO-Beitritt innenpolitisch mehrheitsfähig (Svircsev Tresch et al. 2023)²⁰ und dürfte an den Wesensmerkmalen des Sonderfalls scheitern.

Neutralitätsdebatte in der Schweiz vor und nach dem Ukrainekrieg

Eine «Swissdax»-Medienanalyse der Jahre 2019 bis 2023 zeigt, dass infolge

des Ukrainekrieges in der Schweiz die Berichterstattung über die Neutralität als auch deren politischen Umsetzung (Neutralitätspolitik) markant zugenommen hat (Swissdox 2023b). Im Kontext des Krieges in der Ukraine entstand innen- als auch aussenpolitisch eine Debatte über die Glaubwürdigkeit der Schweizer Neutralität. Als innenpolitische Reaktion wurde seitens «Pro Schweiz» am 25. Oktober 2022 eine Neutralitätsinitiative gestartet (Bundeskanzlei 2023) und am 11. April 2024 eingereicht (SRF 2024), die neben der verfassungsrechtlichen Verankerung der Neutralität in der Schweizerischen Bundesverfassung (BV) unter anderem zum Ziel hat, dass sich die Schweiz mit Ausnahme von UNO-Sanktionen nicht an nicht-militärischen Zwangsmassnahmen (Sanktionen) gegen kriegführende Staaten beteiligt. Dabei ist dies historisch betrachtet ein bekanntes Phänomen, da bereits 1937²¹ und 2011²² im Kontext von Kriegen und infolge der «differenziellen» Neutralitätsauslegung der Schweiz Neutralitätsinitiativen lanciert wurden. Ferst und Roost (2023) führen aus, dass Kriege und Sanktionen das Neutralitätsverständnis «triggern» und damit das Lancieren von Neutralitätsinitiativen begünstigen. Dabei kann für die Neutralitätsinitiativen 2011 als auch 2022 nicht geklärt werden, ob Krieg, Sanktionen oder Sammelstadium einer Neutralitätsinitiative die öffentliche Meinung beeinflussen. Dabei gehen Ferst und Roost (2023, 54) davon aus, dass sich in der öffentlichen Meinung das Neutralitätsverständnis primär wegen den Kriegen in Libyen (2011) und der Ukraine (2022) und des jeweiligen Sanktionsregimes (2011: UNO-Resolution 1973; 2022: EU-Sanktionen) verändert haben dürfte. Eher unterbewusst und sekundär dürften hierbei das Lancieren der Neutralitätsinitiativen als auch die Unterschriftensammlungen wahrgenommen worden sein (Ferst & Roost 2023). Am 26. Juni 2024 beantragte hierzu der Bundesrat (Schweizer Landesregierung) eine Ablehnung ohne Gegenvorschlag, nach dem die Neutralitätsinitiative am 28. Mai 2024 zustande kam (Der Bundesrat 2024).

Im Kontext des Ukrainekrieges ist in der Schweiz eine kontroverse und teilweise auch polarisierende Neutralitätsdebatte zu beobachten, bei welcher unterschiedliche Sichtweisen²³ artikuliert werden (Riklin 2022, 6; Jorio 2023; vgl. Szvircsev Tresch et al. 2023, 183). Die Form der Annäherung an die NATO ist derzeit Gegenstand der politischen Diskussion. Während die NATO-Annäherung von der «Mitte», der FDP.Die Liberalen als

auch den Grünliberalen (GLP) befürwortet wird, stehen die Sozialdemokratische Partei (SP), die Grünen (GP) als auch die Schweizerische Volkspartei (SVP) dieser politischen Vision ablehnend gegenüber. Damit zeigen sich bei der politischen Mitte («die Mitte», GLP) und dem rechten Lager (FDP.Die Liberalen, SVP) unterschiedliche Standpunkte, was sich indes im politisch linken Lager (SP, GP) nicht zeigt (vgl. Szvircsev Tresch et al. 2023, 163).

Der Blick in die Vergangenheit zeigt, dass eine stärkere internationale sicherheitspolitische Kooperation mit dem Ende des Kalten Krieges in der Schweiz bereits Anfang der 1990er-Jahre diskutiert wurde. Seitens des Eidgenössischen Militärdepartements (EMD, heutiges VBS) wurde damals eine stärkere internationale Kooperation auf Kosten der Neutralität gewünscht, womit alte Glaubenssätze ins Wanken gerieten. Obschon die Schweiz der NATO-Initiative Partnership for Peace (PfP) beitrug, wurde im Gegensatz zu heute die sicherheitspolitische Kooperation politisch nicht weiterverfolgt (Gasser 2022). Im Unterschied zu damals zeigt sich heute, dass neben der Armeeführung (Schweizer Armee 2023, 52) auch die Politik (Schweizerischer Bundesrat 2021; Schweizerischer Bundesrat 2022) eine Annäherung an die NATO im Zuge des Ukrainekrieges begrüsst (vgl. Szvircsev Tresch et al. 2023, 163).

Fallstudie: Österreich

Der Bundesstaat Österreich ist ein semipräsidentieller-parlamentarischer Kleinstaat. Nach der «Two-Dimensional Conceptual Map» nach Lijphart (1999) ist Österreich, gleichsam der Schweiz, als konsensorientierte, pluralistische Konkordanzdemokratie einzustufen. Ihre aktuell gültige Verfassung der sogenannten «Zweiten Republik» geht in weiten Teilen auf jene der «Ersten Republik» im Jahre 1920 und den damaligen Rechtsexperten Hans Kelsen zurück. Die vier wesentlichen Prinzipien der heutigen Verfassung sind jene der Demokratie, der Republik, des Bundesstaates und des Rechtsstaates. Die Neutralität per se ist somit, wenngleich sie im Verfassungsrang verankert ist, kein verfassungsmässiges Prinzip. (Art. 1 und 2 B-VG).

Laut Pelinka (2003) waren weder Verfassung noch der Parlamentarismus in Österreich das Ergebnis einer innerstaatlichen Revolution, sondern schlichtweg das

Resultat von «...militärischen Niederlagen der Armeen, in denen Österreicher kämpften ...» (Pelinka 2003, 18). Über 100 Jahre später hat dieser Umstand auf die Qualität der Demokratie des Landes keinen negativen Einfluss mehr, wie das Demokratie-Ranking im oben angeführten Forschungsdesign der Universität Würzburg (2021) belegt.

Österreichische Aussen- und Sicherheitspolitik

Wenngleich die Neutralität kein verfassungsmässiges Grundprinzip in Österreich darstellt und mit einer Zweidrittelmehrheit im Nationalrat und Bundesrat (auch ohne Volksabstimmung!) abgelegt werden kann (Parlament Österreich, n.d.), so ist sie dennoch ein Wesensmerkmal der Österreichischen Aussen- und Sicherheitspolitik. 1955 als erstes eigenständiges Gesetz des neuen, souveränen Österreich beschlossen, war auch sie weniger intrinsisch motiviert als vielmehr pragmatisch notwendig. Die, im Vergleich zur Schweizer Neutralität, junge österreichische Neutralität erfüllte damals den Zweck, sowohl die Befürchtungen der USA als auch jene der Sowjetunion auf eine Parteistellung Österreichs zur jeweiligen Gegenseite zu zerstreuen und den Weg für einen souveränen Staat ohne fremde Truppen auf dem eigenen Staatsgebiet freizumachen (vgl. Senn 2022, 23).

«Wenngleich die Neutralität kein verfassungsmässiges Grundprinzip in Österreich darstellt und mit einer Zweidrittelmehrheit im Nationalrat und Bundesrat (auch ohne Volksabstimmung!) abgelegt werden kann, so ist sie dennoch ein Wesensmerkmal der Österreichischen Aussen- und Sicherheitspolitik.»

Dieses Neutralitätsgesetz besagt nicht nur, dass Österreich seine Neutralität «aus freien Stücken» erklärt, sondern auch, dass diese «immerwährend» ist und mit «allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln aufrecht[z]u erhalten und [zu] verteidigen» ist. Weiter meint das Gesetz, dass «Österreich ... in aller Zukunft keinen militärischen Bündnissen beitreten und die Errichtung militärischer Stützpunkte auf seinem Gebiet nicht zulassen» wird (Art. 1 Bundes-Verfassungsgesetz [B-VG]).

Statt ausländischen Militärs beheimatet Österreich aufgrund der geopolitischen Lage zwischen West und Ost, aber auch aufgrund der niedergeschriebenen Neutralität, internationale Organisationen wie etwa die Vereinten Nationen (UNO), die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO), oder die Organisation für erdölexportierende Länder (OPEC). Damit ist allerdings nicht nur Ansehen und eine Art politische Sonderstellung Österreichs verbunden, sondern auch eine potenziell erhöhte Bedrohung, speziell was die Thematik Terrorismus anbelangt (vgl. Senn 2022, 45).

Während die Schweiz nach wie vor kein Mitglied der Europäischen Union (EU) ist, so wurde Österreich 1995 in selbige aufgenommen und hat auch aktiv an der Weiterentwicklung der Gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik (GASP), sowie der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) mitgearbeitet. Koch (2014, 174) argumentiert anhand des Vertrages von Lissabon, dass die EU endgültig zu einem «Bundesstaat» geworden sei, in welchen Österreich eingebettet wurde. De facto bekennt sich Österreich mit dem EU-Vertrag (EUV) von Lissabon²⁴ und der Adaption der Bundesverfassung (siehe Art. 23 B-VG) zur Solidarität im Anlassfall der EU nach Art. 42 EUV, wenngleich Absatz 7 dieses Artikels teils kontroversiell interpretierbaren Spielraum für neutrale Staaten lässt - Stichwort «Irische Klausel». De jure ist Österreich allerdings nach wie vor der Neutralität verpflichtet. Diese müsste allerdings auch glaubwürdig verteidigt werden können. Neutralität ist nur mit einem starken Bundesheer zu denken. Es hat bekanntlich Auf- und Durchmarschpläne für Österreich sowohl von Seiten der NATO als auch des Warschauer Paktes gegeben, denen das neutrale Österreich nichts entgegenzusetzen gehabt hätte (Triebenbacher 2023).

Österreich trat 1995 nicht nur der EU (01.01.1995), sondern auch dem NATO-Kooperationsinstrument «Partnership for Peace» (PfP; seit 10.05.1996; NATO 2024b), welche gerade erst 1994 gegründet worden war, bei. Gebhard kommt in ihrem Beitrag «Österreich und die NATO» im «Handbuch Außenpolitik Österreichs» zu dem Befund, dass «sich Österreich traditionell auf einem Grat zwischen Pragmatismus und dem normativen Anspruch eines nationalen Sonderwegs bewegt» und sie meint weiter, dass Österreich einen «willfährigen»

gen politischen Partner innerhalb der NATO-Partnerschaft für den Frieden» abgibt. «... andererseits ist der österreichische NATO-Diskurs innenpolitisch von Widersprüchen geprägt, die sich in der Analyse [ihres Beitrages – Anm. d. Verf.] kaum auflösen lassen» (Gebhard 2023, 746). Fakt ist, Österreich schöpft die Möglichkeiten innerhalb von PfP aus, ohne materielle oder sonstige Zugeständnisse machen zu müssen. Unabhängig der äusseren Betrachtungsweise, ist es für Österreich selbst gelungen, einen gangbaren und für die Politik mit der Neutralität vereinbaren Weg einzuschlagen. Auch innerhalb Österreichs wurde und wird das Thema Österreich als «sicherheitspolitischer Trittbrettfahrer» kontrovers und immer wieder medienwirksam diskutiert (Luif 1998). Das Engagement Österreichs ist jedoch messbar. So sind derzeit Truppen u.a. im Rahmen der EU-geführten Missionen EUFOR/ALTHEA in Bosnien und Herzegowina²⁵ und EUTM in Mali, bei der NATO-Mission KFOR im Kosovo und der UN-geführten Mission UNIFIL im Libanon im Einsatz. Zwischen Mai 2022 und Juni 2025 war mit General Robert Brieger ein österreichischer General der Vorsitzende des Militärausschusses der Europäischen Union (EUMC) und somit höchster Militär der Europäischen Union (EU 2022).

Neutralitätsdebatte in Österreich vor und nach dem Ausbruch des Ukrainekrieges

Rund um den Nationalfeiertag 2023 titelte die Österreichische Tageszeitung «Der Standard» mit «Klare Mehrheit für Neutralität und höheres Heeresbudget» (Seidl 2023). Bei einer Befragung ($n=800$) gaben 69% der Befragten an, dass Österreich an seiner Neutralität festhalten soll (Statista & Henrich 2024). Dieser Wert blieb in den letzten 20 Jahren stabil. Eine Ableitung daraus ist, dass die Abschaffung der Neutralität in Österreich ein kontrovers diskutiertes Thema ist. Unabhängig davon, welche Grosspartei versuchte die Neutralität in Frage zu stellen, musste seitens Bevölkerung heftige Kritik einstecken und nahm von einem nachhaltigen Festhalten an einer Anti-Neutralitätsmeinung wieder Abstand. (Die Presse 2007).

Der Ausbruch des Ukrainekrieges hat die Einstellung zur Neutralität per se nicht offensichtlich beeinflusst, die Sichtweise auf die damit verbundene Wehrfähigkeit jedoch schon. In Österreich wurde in den letzten Jahrzehnten Neutralität nicht mit einem schlagkräftigen Bundesheer in Verbindung gebracht, sondern mit

«Der Ausbruch des Ukrainekrieges hat die Einstellung zur Neutralität per se nicht offensichtlich beeinflusst, die Sichtweise auf die damit verbundene Wehrfähigkeit jedoch schon. In Österreich wurde in den letzten Jahrzehnten Neutralität nicht mit einem schlagkräftigen Bundesheer in Verbindung gebracht, sondern mit einer «Unantastbarkeit» Österreichs verwechselt. Dieser Irrtum der Bevölkerung wurde von der Politik nie wirklich aufgelöst [...].»

einer «Unantastbarkeit» Österreichs verwechselt. Dieser Irrtum der Bevölkerung wurde von der Politik nie wirklich aufgelöst, was wahrscheinlich mit den oben geschilderten Erfahrungen erklärt werden kann.

Durch die heutigen Kriegsschauplätze in relativer Nähe zu Österreich kann somit auch die Erstarkung des Bundesheeres und der Wehrfähigkeit zunehmend politisch thematisiert werden.

Während es auf politischer Ebene im Herbst 2020 noch notwendig war, dringend gebrauchte Beschaffungen mit möglichst nicht-militärischen Aspekten eines Gerätes zu begründen,²⁶ um möglichst keine Wählerstimmen einzubüssen, so konnte der Landesverteidigungsbericht 2022 bereits eine deutliche Sprache sprechen: Unter der Überschrift «Fähigkeitenverlust» ist von einer schrittweisen Verkleinerung der Personalstärke in den letzten 20 Jahren zu lesen. Das Österreichische Bundesheer ist nach den Grundsätzen eines Milizsystems einzurichten. Während das Raumverteidigungskonzept, welches noch bis 1989 in Kraft war, noch eine Gesamtstärke von 300'000 Soldatinnen und Soldaten vorsah, so ist die Einsatzorganisation heute mit 55'000 Soldatinnen und Soldaten begrenzt. Das Budget wurde bis 2015 von rund 1% des BIP auf 0.551% des BIP, bei gleichzeitig steigenden Personal- und Betriebskosten, gesenkt. Neues Gerät konnte so nicht mehr beschafft werden und einsatzrelevantes Gerät war in der Erhaltung zu teuer. So musste die Kampfpanzerflotte um 50% reduziert werden, um nur ein Beispiel zu nennen (Bundesministerium für Landesverteidigung 2022, 8-9).

Die Ableitungen aus den Versäumnissen der letzten Jahrzehnte finden sich ab Seite 23 des Landesverteidigungsberichts und zeigen in eine deutlich andere Richtung. Hier ist von einem «Wiederaufbauplan der Fähigkeiten des ÖBH» (Österreichisches Bundesheer Anm. d. Verf.) die Rede und ein Stufenplan skizziert, wie das bis 2032 passieren kann.

Dimension	Wording Österreich (Waldhauser et al. 2023)	Wording Schweiz (Szvircsev Tresch et al. 2023)	Jahre
Neutralitätsprinzip	«Österreich sollte neutral bleiben.»	«Die Schweiz sollte ihre Neutralität beibehalten.»	2019–2023
«Differenzielle» Neutralität	«Österreich sollte bei politischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen, bei militärischen Konflikten aber neutral bleiben.»	«Die Schweiz sollte bei politischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen, bei militärischen Konflikten aber neutral bleiben.»	2023
Klare Positionierung bei militärischen Konflikten	«Österreich sollte bei militärischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen.»	«Die Schweiz sollte bei militärischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen.»	2023
NATO-Kooperation	«Österreich sollte sich sicherheits- und verteidigungs-politisch in der NATO engagieren.»	«Die Schweiz sollte sich der NATO annähern.»	2019–2023
Ukrainekrieg (Proxy-Dummy-Variable)	Juli / August 2022, September / Oktober 2023 = 1, restliche Erhebung (vor Juli / August 2022) = 0	Juni 2022, Januar 2023 der Erhebungen Studie «Sicherheit» = 1, restliche Erhebung (vor Juni 2022) = 0	2019–2023
Soziodemografische Kontrollvariablen	Geschlecht, Alter, Regierungsvertrauen, politische Einstellung, Bildungsniveau	Sprachregion, Geschlecht, politische Einstellung, politische Positionierung, Alter, Regierungsvertrauen, Bildungsniveau	2019–2023
Erhebungsmethode	Mixed-Mode: CAWI & CAPI	CATI	
Erhebungszeitraum und Stichproben-grösse (n)	2019: 04.07.19–22.07.19, n = 1351 2020: 14.07.20–27.08.20, n = 1347 2021: 07.06.21–12.07.21, n = 1336 2022: 29.07.22–15.08.22, n = 1331 2023: 21.09.23–07.10.23, n = 1324	2019: 07.01.19–26.01.19, n = 1213 2020: 06.01.20–24.01.20, n = 1227 2021: 05.01.21–26.01.21, n = 1228 2022: 04.01.22–20.01.22, n = 1217 2022/II: 30.05.22–20.01.22 n = 1003 (Ukrainekrieg) 2023: 03.01.23–20.01.23, n = 1238	2019 2020 2021 2022 2022 2023
Grundgesamtheit und Stichprobenauswahl	Österreichische Wohnbevölkerung (mind. 1400 Interviews), im vorliegenden Fall wird aus Vergleichsgründen nur die Österreichische Stimmbevölkerung ab 16 Jahren berücksichtigt.	Schweizer Stimmbevölkerung. Mindestens 1200 Interviews. Stichprobenauswahl: Random-Quota- Methode (Alter, Geschlecht, Sprachregion).	

Tabelle 1: Operationalisierungen und technische Daten. (Quellen: Studie sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild [Österreich] und Studie «Sicherheit» [Schweiz])

Die Verankerung im Bundesfinanzrahmengesetz 2023-2026 (BFRG 2023-2026) schafft dafür Verbindlichkeit. Bis 2026 ist ein schrittweises Anheben des Budgets in «Militärischen Angelegenheiten» auf 4703127 Millionen Euro vorgeschrieben (2023-2026 BFRG: 2), was 1,4% des BIP entspricht. Mit dem BFRG 2023-2026 ist gemäss Artikel 51 B-VG in Verbindung mit den Paragraphen 12 und 15 des Bundeshaushaltsgesetzes aus dem Jahr 2013 (BHG 2013) eine jährliche Berichtspflicht der Bundesregierung gegenüber dem Nationalrat verpflichtend verbunden (Parlament Österreich 2022).

Operationalisierung und Methodik

In der Schweiz werden die Daten zur sicherheits- und verteidigungspolitischen Meinung im Allgemeinen jeweils im Januar mittels telefonischer Interviews erhoben (Szvircsev Tresch et al. 2023, 87). Hierfür werden mindestens 1200 Stimmberechtigte der drei grossen Sprachregionen Deutschschweiz, Westschweiz und dem Tessin befragt. Dabei erfolgt die Stichprobenauswahl durch die Anwendung der Random-Quota-Methode (Alter, Geschlecht, Sprachregion). Die Stichproben sind repräsentativ für die Schweizer Stimmbevölkerung (Szvircsev Tresch et al. 2023, 87).

In Österreich erfolgte die Datenerhebung 2019 bis 2022 in den Sommermonaten, im Jahr 2023 im Frühherbst.

Die jährliche Stichprobe umfasst rund 1400 Personen, wird im Rahmen einer Panelbefragung und einer Kombination aus Zufallsstichprobe und Quota-Verfahren (Geschlecht, Alter, Region, Urbanitätsgrad bzw. Wohnortgrösse und Ausbildung) erhoben. Die Stichproben sind repräsentativ für die österreichische Bevölkerung ab 15 Jahren (Waldhauser et al. 2023, 12).

Während in Österreich die Wohnbevölkerung ab 15 Jahren (Waldhauser et al. 2023) befragt wird, ist in der Schweiz die Stimmbevölkerung (ab 18 Jahren mit Stimmberechtigung auf Eidgenössischer Ebene) die Grundgesamtheit (Szvircsev Tresch et al. 2023). Um beide Grundgesamtheiten vergleichen zu können, werden für Österreich nur Personen ab 16 Jahren mit österreichischer Einzel- oder mehreren Staatsbürgerschaften berücksichtigt. In Tabelle 1 sind die Frageformulierungen, untersuchten Jahre sowie technische Daten der Erhebungen von beiden Ländern ersichtlich. Da nur Zeiträume verwendet werden können, in denen in beiden Ländern Daten erhoben wurden, unterscheiden sich die untersuchten Jahre bei den jeweiligen Items. Zum Zeitpunkt der Durchführung der vorliegenden Analyse lagen Daten bis inkl. des Jahres 2023 vor.

Es wird angenommen, dass Einstellungsunterschiede teilweise auf die unterschiedlichen Erhebungszeitpunkte, Frageformulierungen, Befragungsart als auch

auf länderspezifische Eigenheiten zurückgeführt werden können. Zur Überprüfung der postulierten Thesen werden für die Schweiz und Österreich multivariate lineare Regressionsmodelle berechnet. Diese werden nach länderspezifischen soziodemografischen Faktoren kontrolliert, um länderspezifische Eigenheiten adäquat abbilden zu können.

In der Schweizer Abstimmungsforschung sind Alter, Geschlecht, Sprach- und Wohnregion, Bildung, Konfession, Links-Rechts-Positionierung und Regierungsvertrauen die gängigen soziodemografischen Individualmerkmale (Milic et al. 2014). Da nicht alle aufgeführten Individualmerkmale im Rahmen der Studienreihe «Sicherheit» über die ganze Zeitdauer erhoben wurden, werden im folgenden Geschlecht, Alter, Vertrauen in den Bundesrat (Regierungsvertrauen), politische Selbsteinschätzung, Sprachregion und Bildungsniveau als soziodemografische Kontrollvariablen verwendet.

Um die Vergleichbarkeit der statistischen Modelle zu gewährleisten, werden für Österreich korrespondierende Kontrollvariablen herangezogen. Die folgenden soziodemografischen Variablen wurden verwendet: Geschlecht, Alter, Vertrauen in die Bundesregierung (Regierungsvertrauen), politische Selbsteinschätzung und Bildungsniveau.

Resultate

Im vorliegenden Abschnitt werden die Umfragedaten für die Schweiz und Österreich zuerst deskriptiv beschrieben und anschliessend werden die postulierten Hypothesen anhand multivariater linearer Regressionsmodelle geprüft.

Schweiz:

Rein deskriptiv zeigt sich für die Schweiz (siehe Grafik 1), dass die Zustimmung zur Beibehaltung der Neutralität mit einem Durchschnitt von 97% (Ø 2019–2022) vor dem Ukrainekrieg sehr hoch ist. Bei der Nachbefragung im Juni 2022 (89%) und der regulären Befragung im Januar 2023 (91%) resultiert eine geringere Zustimmung. Seit Kriegsausbruch ist die durchschnittliche Zustimmung auf 90% gesunken.

Hinsichtlich der «differenziellen» Neutralität zeigt sich, dass vor dem Ukrainekrieg die durchschnittliche Zu-

«Rein deskriptiv zeigt sich für die Schweiz, dass die Zustimmung zur Beibehaltung der Neutralität mit einem Durchschnitt von 97% (Ø 2019–2022) vor dem Ukrainekrieg sehr hoch ist. Bei der Nachbefragung im Juni 2022 (89%) und der regulären Befragung im Januar 2023 (91%) resultiert eine geringere Zustimmung. Seit Kriegsausbruch ist die durchschnittliche Zustimmung auf 90% gesunken.»

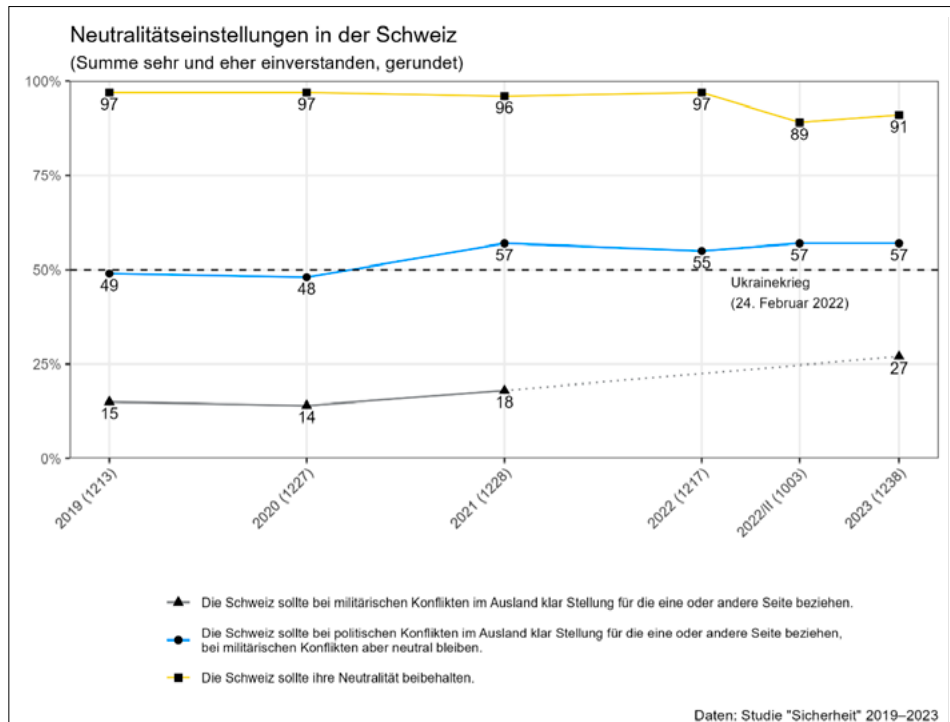
stimmung tiefer liegt und dass sich hier das Elektorat uneinig ist (Ø 2019–2022: 52%²⁷). Seit dem Ukrainekrieg liegt die Zustimmung bei 57%. Damit wird dieses Anliegen seit Kriegsausbruch von einer Mehrheit des Elektorats unterstützt (Ø 2022/II – 2023: 57%).

In den Jahren vor Kriegsausbruch unterstützen durchschnittlich 16% (Ø 2019–2021) der Stimmbevölkerung die Auffassung, dass die Schweiz bei militärischen Konflikten im Ausland klar Stellung beziehen sollte. Im Vergleich dazu ist die Zustimmung zur klaren Positionierung zwischen Januar 2021 zu Januar 2023 um 9 Prozentpunkte auf 27% gestiegen. Weder im Januar 2022 noch im Juni 2022 wurde dieses Item erhoben (Szvircsev Tresch et al. 2023).

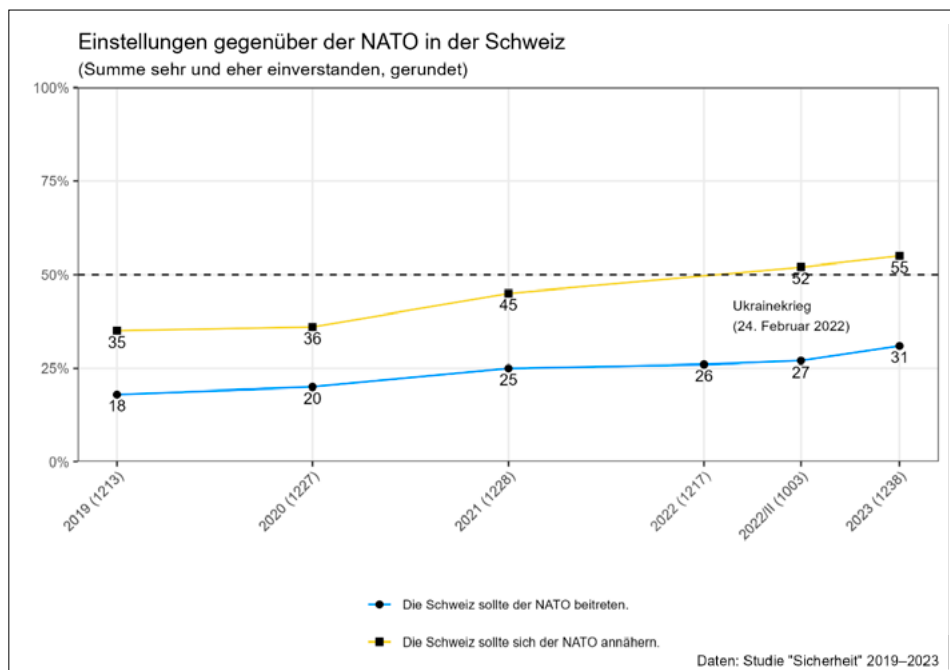
Bei der Aussage, dass sich die Schweiz der NATO annähern sollte, wird vor dem Ukrainekrieg eine durchschnittliche Zustimmung von 39% (Ø 2019–2022) gemessen, womit dieses Anliegen eine Auffassung einer Minderheit ist (siehe Grafik 2).

Nach dem Ausbruch des Ukrainekrieges steigt die Zustimmung auf 52% respektive 55% und wird damit im Durchschnitt von 54%, unter Berücksichtigung des Stichprobenfehlers (± 3 Pp), von einer knappen Mehrheit (Ø 2022/II – 2023) der Stimmberechtigten gewünscht. Während sich das Elektorat im Juni 2022 mit 52% uneinig ist, spricht sich im Januar 2023 erstmals eine knappe Mehrheit von 55% für eine Annäherung der Schweiz an die NATO aus (Szvircsev Tresch et al. 2023).

Nach der deskriptiven Diskussion der verwendeten Daten werden im Folgenden die fünf postulierten Hypothesen mit fünf verschiedenen Regressionsmodellen überprüft. In den Modellen 2, 3 und 5 werden nur das Jahr 2023 untersucht. Da in den Modellen 1 und 4 die Jahre 2019–2023 berücksichtigt werden, kann der Einfluss des Ukrainekrieges empirisch untersucht werden. Sofern hier ein Einfluss aufgezeigt wer-



Grafik 1: Neutralitätseinstellungen in der Schweiz²⁸. (Quelle: Studie «Sicherheit»)



Grafik 2: Einstellungen gegenüber der NATO in der Schweiz. (Quelle: Studie «Sicherheit»)

den kann, kann dieser als Annahme auf die Modelle 2, 3 und 5 übertragen werden.

Modell 1 (2019–2023): Es wird untersucht, inwieweit die Zustimmung zum Neutralitätsprinzip im Kontext des Ukrainekrieges abnimmt (siehe Tabelle 2). Das Modell zeigt, dass die Beibehaltung der Neutralität (Neutralitätsprinzip) im Kontext des Ukrainekrieges weniger stark unterstützt wird. Jüngere Befragte unterstützen die Beibehaltung der Neutralität tendenziell stärker. Je mehr dem Bundesrat vertraut wird und je reicher eine Person eingestellt ist, desto eher wird das Neutralitäts-

prinzip befürwortet. Während sich beim Geschlecht, in der französischsprachigen Schweiz und bei Stimmberechtigten mit mittlerer Bildung kein Einfluss zeigt, wird in der italienischsprachigen Schweiz und von Befragten mit hohem Bildungsniveau die Aussage, dass die Schweiz ihre Neutralität beibehalten sollte, tendenziell stärker abgelehnt. Mit Ausnahme der politischen Einstellung (0.192) ist der Einfluss des Ukrainekrieges (-0.159) stärker als jener der berücksichtigten soziodemografischen Kontrollvariablen. Obschon hiermit der Effekt des Ukrainekrieges bei der Einstellung gegenüber dem Neutralitätsprinzip durch die Schwei-

Modelle: Neutralitätseinstellungen in der Schweiz	Modell 1: Neutralitätsprinzip	Modell 2: «differenzielle» Neutralität	Model 3: Klare Positionierung bei militärischen Konflikten
Untersuchungszeitraum	'19 – '23	'23	'23
	ß-Koeffizient (Standardabweichung)		
Konstante	1.140 (0.059) ***	-1.001 (0.251) ***	-1.143 (0.241) **
Fokussierendes Ereignis	Standard Beta-Koeffizient		
Ukrainekrieg 2022	-0.159 ***	–	–
Soziodemografische Kontrollvariablen	Standard Beta-Koeffizient		
Geschlecht:			
– Männer	–	–	–
– Frauen	-0.017 n. s.	-0.009 n. s.	-0.034 n. s.
Alter (nicht kategorisiert)	-0.023 *	0.227 ***	0.170 ***
Vertrauen in den Bundesrat (Regierungsvertrauen)	0.037 **	0.086 **	0.073 **
Politische Einstellung (nicht kategorisiert)	0.192 **	-0.109 ***	-0.218 ***
Sprachregion:			
– Deutschsprachige Schweiz (D-CH)	0.042***	0.130 ***	0.144 ***
– Französischsprachige Schweiz (F-CH)	–	–	–
– Italienischsprachige Schweiz (I-CH)	-0.036 **	-0.055 n. s.	-0.016 n. s.
Bildungsniveau:			
– tief	-0.010 n. s.	0.041 n. s.	0.003 n. s.
– mittel	–	–	–
– hoch	-0.047 ***	-0.036 n. s.	-0.036 n. s.
Korrigiertes R ²	0.066	0.084	0.092
Stichprobengröße (n)	6739	1158	1155
Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n. s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05).			

Tabelle 2: Resultate für die Schweiz der multivariaten linearen Regressionsmodelle 1–3 (Neutralitätseinstellungen).
(Quelle: Studie «Sicherheit»)

zer Stimmbevölkerung empirisch nachgewiesen werden kann, ist anzumerken, dass die erklärte Varianz bei 6.6% (korrigiertes R² = 0.066) liegt. Womit der Effekt des Ukrainekrieges auf die öffentliche Meinung einer von vielen ist.

Modell 2 (2023): In diesem Modell wird das Jahr 2023 untersucht, wobei die «differenzielle» Neutralität die abhängige Variable ist und mit der Einstellung zur Aussage «die Schweiz sollte bei politischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen, bei militärischen Konflikten aber neutral bleiben» gemessen wird. Hier zeigt sich, dass Geschlecht, Bildungsniveau und die italienischsprachige Schweiz keinen Einfluss auf die Bewertung der «differenziellen» Auslegung der Neutralität haben. Es zeigt sich aber, dass je älter eine Person ist und je stärker sie dem Bundesrat vertraut, die Zustimmung zur «differenziellen» Neutralität steigt. Je rechter Stimmberechtigte eingestellt sind, desto eher stehen sie dieser Aussage ablehnend gegenüber. In der deutschsprachigen Schweiz wird eine «differenzielle» Neutralitätspolitik tendenziell stärker befürwortet. Die erklärte Varianz des Modells 2 liegt bei 8.4% (korrigiertes R² = 0.084).

Modell 3 (2023): In diesem Modell wird nun die Einstellung hinsichtlich einer klaren Positionierung bei militärischen Konflikten im Ausland für das Jahr 2023

untersucht. Dabei zeigt sich, dass das Antwortverhalten nicht durch Geschlecht, Bildungsniveau und italienischsprachiger Schweiz beeinflusst wird. Je älter eine Person ist und je stärker sie dem Bundesrat vertraut, desto eher befürwortet sie eine klarere Positionierung bei einem militärischen Konflikt. Auch Befragte der deutschsprachigen Schweiz stimmen dieser Auffassung stärker zu. Im Weiteren zeigt sich, dass eine klarere Positionierung stärker von jenen Personen abgelehnt wird, welche sich selbst als politisch rechts verorten. Dieses Modell erklärt 9.2% der Varianz (korrigiertes R² = 0.092).

Modell 4 (2019–2023): Dieses Modell untersucht, inwieweit im Zuge der kritischeren Bewertung der Neutralität im Kontext des Ukrainekrieges von der Stimmbevölkerung eine stärkere Annäherung an die NATO präferiert wird (These IV). Hierfür werden die Jahre 2019 bis 2023 berücksichtigt. Es zeigt sich, dass Stimmberechtigte im Kontext des Ukrainekrieges (0.099) einer NATO-Annäherung etwas stärker zustimmen (siehe Tabelle 3). Gleichzeitig wird von Personen, die diese Auffassung teilen, das Neutralitätsprinzip weniger stark unterstützt. Je rechter Stimmberechtigte eingestellt sind, desto weniger stark befürworten sie eine Annäherung der Schweiz an die NATO. Von Befragten, die in der deutschsprachigen Schweiz wohnen, Frauen, älteren Befragten und Personen, die dem

Modelle: NATO-Annäherung in der Schweiz	Modell 4: NATO-Annäherung ('19 – '23)	Modell 5: NATO-Annäherung ('23)
Untersuchungszeitraum	'19 – '23	'23
	B-Koeffizient (Standardabweichung)	
Konstante	-0.716 (0.113) ***	-0.760 (0.244) **
Fokussierendes Ereignis	Standard Beta-Koeffizient	
Ukrainekrieg 2022	0.099 ***	–
Neutralitätseinstellungen	Standard Beta-Koeffizient	
– Neutralitätsprinzip	-0.193 ***	-0.164 ***
– «Differenzielle» Neutralität	–	0.043 n. s.
– Klare Positionierung bei militärischen Konflikten	–	0.206 ***
Soziodemografische Kontrollvariablen	Standard Beta-Koeffizient	
Geschlecht:		
– Männer	–	–
– Frauen	0.054 ***	0.025 n. s.
– Alter (nicht kategorisiert)	0.042 **	0.078 **
– Vertrauen in den Bundesrat (Regierungsvertrauen)	0.158 ***	0.172 ***
– Politische Einstellung (nicht kategorisiert)	-0.061 ***	-0.053 *
Sprachregion:		
– Deutschsprachige Schweiz (D-CH)	0.039 **	0.077 **
– Französischsprachige Schweiz (F-CH)	–	–
– Italienischsprachige Schweiz (I-CH)	-0.013 n. s.	-0.019 n. s.
Bildungsniveau:		
– tief	0.010 n. s.	0.000 n. s.
– mittel	–	–
– hoch	0.007 n. s.	-0.087 **
Korrigiertes R ²	0.094	0.189
Stichprobengrösse (n)	5254	1110
Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n. s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05).		

Tabelle 3: Resultate für die Schweiz der multivariaten linearen Regressionsmodelle 4–5 (NATO-Kooperation).
(Quelle: Studie «Sicherheit»)

Bundesrat stärker vertrauen, wird eine NATO-Annäherung stärker befürwortet. Die Einstellung zu einer Annäherung an die NATO wird dabei weder durch das Bildungsniveau noch durch den Wohnort in der italienischsprachigen und französischsprachigen Schweiz beeinflusst. Dabei ist anzumerken, dass eine NATO-Annäherung am stärksten durch das Neutralitätsprinzip (-0.193), Regierungsvertrauen (0.158) und durch den Ukrainekrieg (-0.099) beeinflusst wird. Die in diesem Modell berücksichtigten Variablen erklären 9.4% der Varianz der abhängigen Variable (korrigiertes R² = 0.094). Zusammen mit den vergleichsweise kleinen Effekten ist davon auszugehen, dass die untersuchten Einstellungen nicht die einzigen Einflussfaktoren sind.

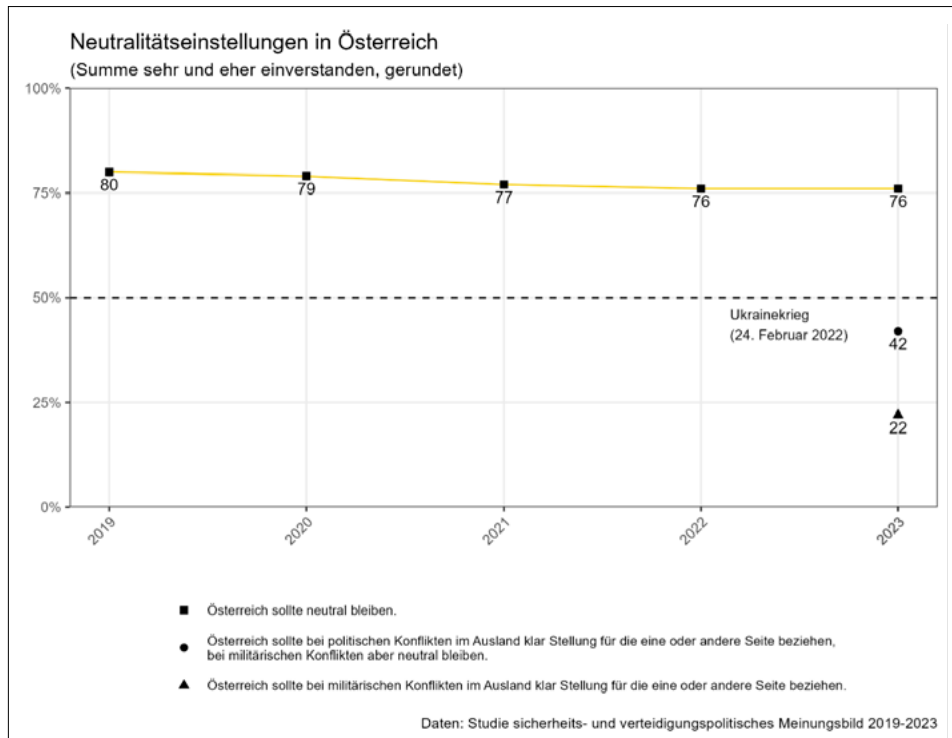
Modell 5 (2023): Nach dem die These IV in Modell 4 für den Zeitraum 2019–2023 untersucht wurde, beschränkt sich der Untersuchungszeitraum in Modell 5 auf das Jahr 2023. Während die «differenzielle» Neutralität keinen Einfluss hat, zeigt sich, dass bei einer Befürwortung der NATO-Annäherung die Beibehaltung der Neutralität weniger stark befürwortet wird. Stimmberechtigte, welche eine Annäherung der Schweiz an die NATO unterstützen, stimmen auch eher einer klaren Positionierung der Schweiz im Falle eines militä-

rischen Konflikts im Ausland zu. Bei Befragten aus der deutschsprachigen Schweiz, sowie mit zunehmendem Alter und Vertrauen in den Bundesrat steigt auch eher die Zustimmung, dass sich die Schweiz der NATO annähern sollte. Politisch rechts Eingestellte und jene mit hohem Bildungsniveau unterstützen diese Auffassung weniger stark. Die soziodemografischen Variablen Geschlecht, französisch- und italienischsprachige Schweiz sowie tiefes und mittleres Bildungsniveau haben keinen Einfluss auf die Einstellung gegenüber einer NATO-Annäherung. Die drei grössten Effekte sind auf die klare Positionierung (0.206), das Neutralitätsprinzip (-0.164) und das Regierungsvertrauen (0.172) zurückzuführen. Die erklärte Varianz des Modells 5 liegt bei 18.9% (korrigiertes R² = 0.189).

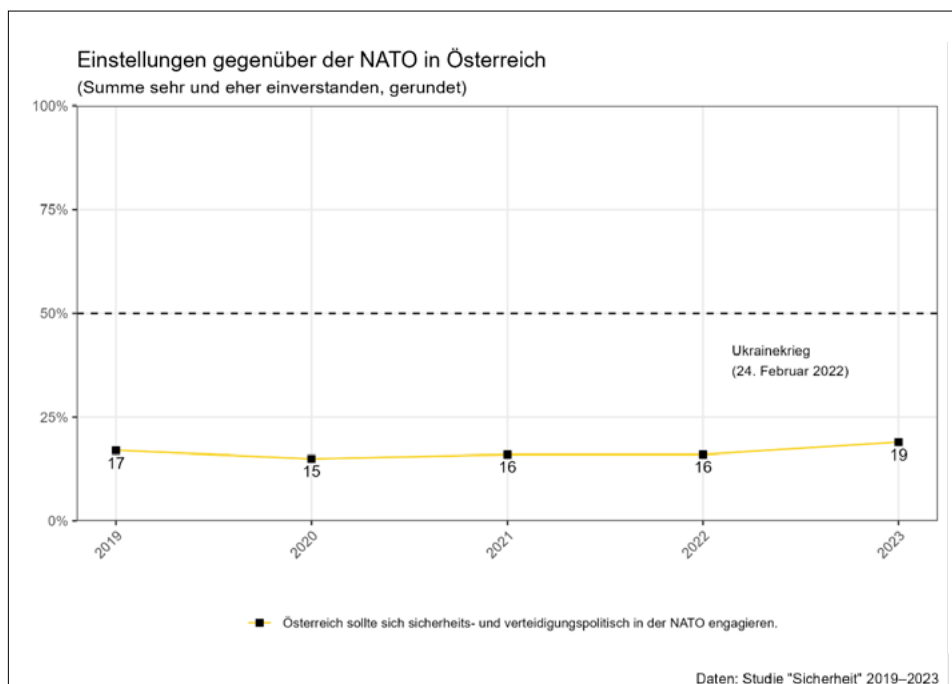
Österreich:

In Österreich zeigt sich rein deskriptiv (siehe Grafik 3), dass die Zustimmung zum Neutralitätsprinzip mit einem Durchschnitt von 77% (Ø 2019–2022) vor dem Ukrainekrieg recht hoch ist. 2023 wird mit 76% eine geringere Zustimmung gemessen.

2023 stimmen 42% der Befragten der «differenziellen» Auslegungsart der Neutralität Österreichs zu.



Grafik 3: Neutralitätseinstellungen in Österreich.
(Quelle: Studie sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild)



Grafik 4: Einstellung zur NATO-Kooperation in Österreich. (Quelle: Studie sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild)

22% der Befragten sprechen sich für eine klare Stellungnahme bei militärischen Konflikten aus (Waldhauser et al. 2023).

«In Österreich zeigt sich rein deskriptiv, dass die Zustimmung zum Neutralitätsprinzip mit einem Durchschnitt von 77% (Ø 2019–2022) vor dem Ukrainekrieg recht hoch ist. 2023 wird mit 76% eine geringere Zustimmung gemessen.»

Vor dem Ukrainekrieg befürworteten durchschnittlich 16% (Ø 2019–2022) der Befragten ein sicherheits- und verteidigungspolitisches Engagements Österreichs in der NATO (siehe Grafik 4). 2023 liegt die Zustimmung 19% und steigt damit um 3 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr (Waldhauser et al. 2023).

Nach der deskriptiven Diskussion der verwendeten Daten für Österreich werden die vier postulierten Hypothesen mit fünf verschiedenen Regressionsmodellen überprüft.

Modelle: Neutralitätseinstellungen in Österreich	Modell 6: Neutralitätsprinzip	Modell 7: «differenzielle» Neutralität	Model 8: Klare Positionierung bei militärischen Konflikten
Untersuchungszeitraum	'19 – '23	'23	'23
	ß-Koeffizient (Standardabweichung)		
Konstante	3.560 (0.095) ***	2.942 (0.225) ***	2.702 (0.224) ***
Fokussierendes Ereignis	Standard Beta-Koeffizient		
Ukrainekrieg 2022	-0.064 ***	–	–
Soziodemografische Kontrollvariablen	Standard Beta-Koeffizient		
Geschlecht:			
– Männer	–	–	–
– Frauen	0.125 ***	-0.085 **	-0.091 ***
– Alter (nicht kategorisiert)	0.111 ***	0.221 ***	0.074 *
– Vertrauen in die Bundesregierung	-0.084 ***	0.191 ***	0.273 ***
– Politische Einstellung (nicht kategorisiert)	0.100 ***	-0.176 ***	-0.215 ***
Bildungsniveau:			
– tief	-0.013 n. s.	0.007 n. s.	0.049 n. s.
– mittel	–	–	–
– hoch	-0.125 ***	0.021 n. s.	0.052 n. s.
Korrigiertes R ²	0.058	0.131	0.154
Stichprobengröße (n)	4661	1140	1142
Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n. s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05).			

Tabelle 4: Resultate für Österreich der multivariaten linearen Regressionsmodelle 6–8 (Neutralitätseinstellungen).
(Quelle: Studie sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild)

Modell 6 (2019–2023): Die Regressionsanalyse ergibt, dass die Beibehaltung der Neutralität (Neutralitätsprinzip) in Folge des Ukrainekrieges in Österreich etwas weniger stark unterstützt wird (siehe Tabelle 4). Frauen, ältere Befragte und politisch eher rechts orientierte Personen unterstützen die Beibehaltung der Neutralität tendenziell stärker. Demgegenüber zeigt sich, dass ein ausgeprägtes Regierungsvertrauen und ein hoher Bildungsabschluss mit einer geringeren Befürwortung der Neutralität einhergehen. Der Effekt des Ukrainekrieges (-0.064) ist im Vergleich zu den soziodemografischen Kontrollvariablen gering und die erklärte Varianz des Gesamtmodells liegt bei 5.8% (korrigiertes R² = 0.058). Dies lässt vermuten, dass Einstellungen zur Neutralität durch weitere Variablen beeinflusst werden, die im Rahmen des vorliegenden Modells keine Berücksichtigung fanden.

Modell 7 (2023): Auch bei der Analyse der österreichischen Daten wurde hier das Jahr 2023 untersucht und die «differenzielle» Neutralität als abhängige Variable festgelegt. Dabei zeigt sich, dass Frauen und politisch rechts orientierte Befragte eine eher kritischere Haltung zur «differenziellen» Neutralität einnehmen. Demgegenüber steigt die Befürwortung insbesondere mit zunehmendem Alter und in geringerem Masse mit dem Regierungsvertrauen. Effekte des Bildungsniveaus sind nicht nachweisbar. In diesem Modell liegt die erklärte Varianz bei 13.1% (korrigiertes R² = 0.131).

Modell 8 (2023): Die Ergebnisse in Bezug auf eine klare Positionierung bei militärischen Konflikten im Aus-

land für das Jahr 2023 weisen deutliche Ähnlichkeiten mit Modell 7 auf. So nehmen auch diesbezüglich Frauen und politisch rechts orientierte Befragte eine etwas kritischere Haltung ein. Die Befürwortung einer klaren Positionierung steigt zudem deutlich mit dem Regierungsvertrauen und in geringerem Ausmass mit dem Alter. Die erklärte Varianz (korrigiertes R² = 0.154) liegt in diesem Modell bei 15.4%.

Modell 9 (2019–2023): In Bezug auf eine Annäherung an die NATO zeigen sich bei Analyse der österreichischen Datenlage keine nachweisbaren Effekte des Ukrainekrieges (siehe Tabelle 7). Wesentlichster Prädiktor ist in diesem Kontext die Befürwortung der Neutralität (-0.386). Demzufolge lehnen Personen, die das Neutralitätsprinzip in hohem Masse befürworten, eine NATO-Annäherung deutlich ab. Tendenziell sprechen sich zudem ältere Personen und Befragte mit höherer Bildung eher gegen eine NATO-Annäherung aus. Demgegenüber befürworten Frauen und insbesondere Befragte mit hohem Regierungsvertrauen eine Annäherung an die NATO. Effekte der politischen Positionierung sind nicht nachweisbar und die erklärte Varianz (korrigiertes R² = 0.195) beträgt 19.5%.

Modell 10 (2023): Die Analyse der österreichischen Daten aus dem Jahr 2023 ergibt schliesslich ebenfalls, dass Personen, die sich für das Neutralitätsprinzip aussprechen, eine NATO-Annäherung deutlich ablehnen. Umgekehrt sprechen sich Befürwortende einer klaren Positionierung bei militärischen Konflikten auch in hohem Masse für eine NATO-Annäherung aus. In

Modelle: NATO-Annäherung in Österreich	Modell 9: NATO-Annäherung ('19 –'23)	Modell 10: NATO-Annäherung ('23)
Untersuchungszeitraum	'19 – '23	'23
	ß-Koeffizient (Standardabweichung)	
Konstante	3.757 (0.115) ***	3.084 (0.241) ***
Fokussierendes Ereignis	Standard Beta-Koeffizient	
Ukrainekrieg 2022	-0.012 n. s.	–
Neutralitätseinstellungen	Standard Beta-Koeffizient	
– Neutralitätsprinzip	-0.386 ***	-0.394 ***
– «Differenzielle» Neutralität	–	0.100 ***
– Klare Positionierung bei militärischen Konflikten	–	0.322 ***
Soziodemografische Kontrollvariablen	Standard Beta-Koeffizient	
Geschlecht:		
– Männer	–	–
– Frauen	0.056 ***	0.046 n. s.
– Alter (nicht kategorisiert)	-0.035 *	-0.096 ***
– Vertrauen in die Bundesregierung	0.190 ***	0.080 **
– Politische Einstellung (nicht kategorisiert)	-0.012 n. s.	0.039 n. s.
Bildungsniveau:		
– tief	0.025 n. s.	-0.056 *
– mittel	–	–
– hoch	-0.037 *	-0.060 *
Korrigiertes R ²	0.195	0.411
Stichprobengröße (n)	4429	1085
Signifikanzniveau: *** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n. s. = nicht signifikant (p ≥ 0,05).		

Tabelle 5: Resultate für Österreich der multivariaten linearen Regressionsmodelle 9–10 (NATO-Kooperation).

(Quelle: Studie sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild)

etwas geringerem Masse steigt die NATO-Befürwortung zudem mit der Zustimmung zur «differenziellen» Neutralität. Soziodemografisch stehen tendenziell jüngere Befragte und Personen mit hohem Regierungsvertrauen einer NATO-Annäherung etwas aufgeschlossener gegenüber, während die bildungsspezifischen «Extremgruppen» mit besonders niedrigem bzw. hohem Bildungsabschluss eine NATO-Annäherung etwas kritischer betrachten. Effekte des Geschlechts oder der politischen Positionierung sind in diesem Kontext hingegen nicht nachweisbar. Der erklärte Varianzanteil dieses Modells liegt bei 41 % (korrigiertes R² = 0.411).

Diskussion

Anhand der für beide Länder berechneten Regressionsmodelle können die postulierten Thesen folgendermassen beantwortet werden. Obschon die Schweiz als auch Österreich demokratische und neutrale Kleinstaaten sind, zeigen sich in der öffentlichen Meinung zum Teil beträchtliche Unterschiede.

These I (im Kontext des Ukrainekrieges wird in Österreich und der Schweiz die Beibehaltung der Neutralität weniger stark unterstützt):

Während in der Schweiz die Zustimmung zum Neutralitätsprinzip lange auf hohem Niveau verharrte (Ø 2019–2022: 97%), wird diese kriegsbedingt kleiner (Ø 2022–2023: 90%). Modell 1 bestätigt These I für

die Schweiz (2019–2023). Dabei kann zwar der Effekt des Ukrainekrieges empirisch nachgewiesen werden (-0.159), allerdings sind die Resultate bedingt durch die geringen Effekte und aufgrund der erklärten Varianz von 6.6 % (korrigiertes R²=0.066) dahingehend zu relativieren, dass der Krieg ein Grund von vielen sein dürfte.

In Österreich zeigt sich demgegenüber eine weitgehend stabile, wenn auch insgesamt deutlich geringere Befürwortung der Neutralität im Vergleich zur Schweiz, die sich auch nach Ausbruch des Ukrainekrieges in der Gesamtbetrachtung nur um einen Prozentpunkt (2021: 77 %, 2022– 2023: 76 %) verringert hat. Zwar ergibt die Regressionsanalyse einen statistisch signifikanten Effekt des Ukrainekrieges, der allerdings mit einem Koeffizienten von -0.064 eben insgesamt nur minimal ausfällt (Modell 6, korrigiertes R²=0.058). Bemerkenswert ist allerdings die Erkenntnis, dass die Befürwortung der Neutralität in Österreich unter den Frauen ausgeprägter ist und mit zunehmendem Alter ebenfalls deutlich zunimmt. Tiefergehende Analysen zeigen, dass die Befürwortung in spezifischen Subpopulationen im Jahresverlauf deutlich abgenommen hat. So befürworteten 2023 lediglich 77 % der österreichischen Frauen die Neutralität im Vergleich zu 81 % im Jahr 2021. Für Österreich kann These I daher insofern bestätigt werden, als der Ukrainekrieg in spezifischen Subpopulationen mit einer geringeren Be-

fürwortung der Neutralität einherging, wenn auch gesamtgesellschaftlich betrachtet nur minimale Effekte zu verzeichnen sind.

These II (in beiden Ländern wird 2023 die «differenzielle» Neutralität ähnlich stark befürwortet):

In der Schweiz wird 2023 die «differenzielle» Neutralität von einer Bevölkerungsmehrheit (57 %) befürwortet. Modell 2 zeigt, dass mit steigendem Alter und Regierungsvertrauen diese Neutralitätsauffassung stärker unterstützt wird. Personen aus der deutschsprachigen Schweiz und je weiter rechts Eingestellte, vertreten hier eher den gegenteiligen Standpunkt. Die erklärte Varianz liegt bei 8.4 % (korrigiertes $R^2=0.084$).

In Österreich zeigt sich demgegenüber eine deutlich geringere Befürwortung eines «differenziellen» Neutralitätsverständnisses, die mit 42 % im Jahr 2023 keine Mehrheit erlangt. Auch in Österreich findet diese Position allerdings stärkere Unterstützung mit zunehmendem Alter, höherem Regierungsvertrauen und einer eher linken politischen Positionierung. Bei dem für Österreich berechneten Modell beträgt die erklärte Varianz 13.1 % (Modell 7; korrigiertes $R^2=0.131$). Trotz dieser soziodemografisch ähnlichen Strukturen kann These II aufgrund der insgesamt deutlich höheren Unterstützung in der Schweiz nicht bestätigt und muss daher für beide untersuchten Länder verworfen werden.

These III (in Österreich und der Schweiz wird 2023 die klare Stellungnahme ähnlich stark unterstützt):

2023 wird in der Schweiz eine klare Positionierung von 27 % der Stimmberechtigten gefordert. Modell 3 zeigt, dass mit steigendem Alter und Regierungsvertrauen und bei Personen, die in der deutschsprachigen Schweiz wohnen, eine klare Positionierung stärker unterstützt wird. Je weiter rechts eine Person eingestellt ist, desto eher lehnt sie dies ab. Für die Schweiz liegt die erklärte Varianz in diesem Modell bei 9.1 % (korrigiertes $R^2=0.092$).

Ähnlich gestaltet sich die Positionierung der österreichischen Stimmbevölkerung: lediglich 22 % befürworten eine klare Positionierung, die mit zunehmendem Alter und Regierungsvertrauen deutlicher ausgeprägt ist. Kritischer hierzu stehen Frauen und insbesondere politisch rechts positionierte Personen, wobei die erklärte Varianz bei 15.4 % liegt (Modell 8; korrigiertes

$R^2=0.154$). Somit kann These III sowohl für die Schweiz als auch für Österreich bestätigt werden.

These IV (im Zuge der kritischeren Sichtweise der Neutralität im Kontext des Ukrainekrieges wird in beiden Ländern eine Kooperation mit der NATO stärker befürwortet):

Während in der Schweiz vor dem Ukrainekrieg eine NATO-Annäherung von einer Minderheit (Ø 2019–2022: 39 %) gefordert wird, ist die Zustimmung im Kontext des Ukrainekrieges (Ø 2022/II – 2023: 54 %) gestiegen. Das Modell 4 zeigt für die Jahre 2019–2023 auf, dass kriegsbedingt eine NATO-Annäherung stärker unterstützt und im Gegenzug die Beibehaltung der Neutralität weniger stark befürwortet wird. Für diesen Zeitraum liegt die erklärte Varianz bei 9.4 % (korrigiertes $R^2=0.094$). Modell 5 untersucht die gleiche These nur für das Jahr 2023. Währenddessen die «differenzielle» Neutralität keinen Einfluss hat, wird das Neutralitätsprinzip weniger stark und die klarere Positionierung seitens der Stimmbevölkerung stärker befürwortet. Der Anteil der erklärten Varianz liegt in diesem Modell bei 18.6 % (korrigiertes $R^2=0.186$). Für die Schweiz kann somit These IV sowohl für den Zeitraum 2019 als auch für 2023 bestätigt werden.

Im Gegensatz hierzu zeigt sich die österreichische Stimmbevölkerung insgesamt wesentlich verhaltener: So befürworteten 2023 lediglich 19 % ein sicherheits- und verteidigungspolitisches Engagement in der NATO. Auch ein direkter Effekt des Ukrainekrieges lässt sich 2022 empirisch zunächst nicht fassen, obgleich die erklärte Varianz bei 19.5 % liegt (Modell 9; korrigiertes $R^2=0.195$). Unklar ist, ob die deskriptiv im Jahr 2023 höhere Befürwortung einer NATO-Annäherung (2022: 16 %, 2023: 19 %) als zeitlich verzögerte Reaktion auf den Verlauf des Ukrainekrieges und den entsprechenden gesellschaftlichen Diskurs betrachtet werden kann. Diese Frage wird wohl erst in Zukunft zu beantworten sein.

Parallelen zu den Meinungsbildern in der Schweiz finden sich allerdings dahingehend, dass eine NATO-Annäherung massgeblich von den Einstellungen zur Neutralität, der Befürwortung bzw. Ablehnung einer klaren Positionierung und entsprechenden Meinungen zur «differenziellen» Neutralität bestimmt wird (Modell 10). Der erklärte Varianzanteil des Modells (korrigiertes $R^2=0.411$) spricht dafür, dass die berücksichtigten Prädiktoren die Haltungen zur NATO massgeblich

bestimmen. Mit Hinblick auf mögliche Effekte des Ukrainekrieges kann These IV für Österreich dennoch insgesamt nicht bestätigt werden.

Zusammenfassung und Ausblick

Für die Schweiz sind Neutralität und direkte Demokratie wichtige Wesensmerkmale der politischen Kultur und prägend für die aussen-, sicherheits- und verteidigungspolitische Kooperation. In der Schweiz wurde seit Ausbruch des Ukrainekrieges eine hitzige und polarisierende Neutralitätsdebatte entfacht, zudem hat die kritischere Berichterstattung zur Schweizer Neutralität sowohl im In- als auch im Ausland zugenommen.

Wenngleich Österreich als Mitgliedstaat der EU zur Teilhabe an der europäischen Aussen- und Sicherheitspolitik verpflichtet ist, stellt die österreichische Neutralität ein zentrales, von der Bevölkerung häufig emotionalisiertes Charakteristikum der nationalen Aussen- und Sicherheitspolitik dar. Dieses Paradoxon der aktiven Teilhabe an europäischen Massnahmen und Sanktionen bei gleichzeitiger Betonung der «identitätsstiftenden» Wirkung der Neutralität durch die nationale Politik (Janik 2023) wurde von politischer Seite bisher nicht aufgelöst. Vor dem Hintergrund dieses Paradoxons mag es somit nicht verwunderlich erscheinen, dass der Ukrainekrieg zwar auch in Österreich eine öffentliche Diskussion über die Neutralität verursachte, diese jedoch im Gegensatz zur Schweiz sichtlich verhaltener ausfiel, was sich auch in den vorliegenden Ergebnissen widerspiegelt.

Rein deskriptiv konnte für die Schweiz und Österreich zwar aufgezeigt werden, dass das Neutralitätsprinzip infolge des Kriegsausbruches in der Ukraine weniger stark unterstützt wird. Anhand der berechneten Regressionsmodelle konnte dieser Effekt auch empirisch nachgewiesen werden (Modell 1 Schweiz: -0.159; Modell 6 Österreich: -0.064) und somit These I bestätigt werden. In Anbetracht des geringen Einflusses und der erklärten Varianz (Modell 1 Schweiz: 6.6%; Modell 7 Österreich: 5.8%) ist jedoch davon auszugehen, dass das Konzept Neutralität komplex ist und noch durch weitere, in der vorliegenden Analyse nicht berücksichtigte Faktoren beeinflusst wird. Dabei dürfte der Krieg in der Ukraine in beiden Ländern ein Grund von vie-

len für die geringere Unterstützung der Beibehaltung der Neutralität sein.

Hinsichtlich der «differenziellen» Auslegungsart der Neutralität zeigen sich in beiden Ländern dahingehend Unterschiede, da diese in der Schweiz von einer Mehrheit (57%) und in Österreich von einer Minderheit (42%) befürwortet wird. Damit wird These II, welche postuliert, dass der «differenziellen» Neutralität in der Schweiz und in Österreich ähnlich stark zu gestimmt wird, für beide Länder verworfen. Aufgrund der erklärten Varianzanteile beider Modelle (Modell 2 Schweiz: 8.4%; Modell 7 Österreich: 13.1%) müssen zudem die berücksichtigten soziodemografischen Kontrollvariablen kritisch hinterfragt werden. Anhand der berechneten Modelle kann nur ein kleiner Teil der Varianz erklärt werden.

Hingegen kann für beide untersuchten Länder These III (ähnlich starke Zustimmung zur klaren Positionierung) sowohl deskriptiv als auch mit den beiden Regressionsmodellen bestätigt werden. Allerdings zeigt sich auch hier, dass in beiden Modellen die erklärte Varianz (Modell 3 Schweiz: 9.2%; Modell 8 Österreich: 15.4%) gering ist und damit die verwendeten unabhängigen (soziodemografischen) Variablen die Varianz der abhängigen Variable nur unzureichend erklären können.

Während für die Schweiz die These, dass im Kontext des Ukrainekrieges die Kooperationsbereitschaft mit der NATO steigt (These IV) zutrifft und dieser Effekt auch empirisch gezeigt werden kann (Modell 4 Schweiz: 0.099), trifft dies für Österreich nicht zu, da der Koeffizient nicht statistisch signifikant ist (Modell 9 Österreich: -0.012). Bedingt durch die kleinen Effekte und die erklärte Varianz (Modell 4 Schweiz: 9.4%; Modell 9 Österreich: 19.5%) erklären die verwendeten Variablen nur einen Teil der Veränderung der abhängigen Variable.

Sowohl für die Schweiz als auch für Österreich kann These IV für das Jahr 2023 allerdings insofern bestätigt werden, als Effekte einer kritischen Haltung zum Neutralitätsprinzip und der Befürwortung einer klaren Positionierung auf die Zustimmung zu einer NATO-Annäherung nachgewiesen werden konnten. Dabei ist die erklärte Varianz in Österreich (Modell 10: 41.1%) fast doppelt so hoch wie in der Schweiz (Modell 5: 18.9%).

Die Schweiz und Österreich sind neutrale Kleinstaaten und so zeigen sich Gemeinsamkeiten in der öffentlichen Meinung. Es konnten auch Unterschiede aufgezeigt werden, welche sich mit grosser Wahrscheinlichkeit durch die unterschiedliche Wahrnehmung und Funktion der Neutralität begründen dürften. Obschon in den berechneten Regressionsmodellen signifikante Einflüsse in beiden Ländern aufgezeigt werden konnten, ist für zukünftige Forschungen die Operationalisierung kritisch zu überdenken, da Effekte und die Varianz gering sind. ♦

Endnoten

- 1 Birkland (1997) definiert ein fokussierendes Ereignis als plötzlich und relativ selten. Zudem ist es schädlich oder weist auf mögliche Schäden hin, ist auf ein geografisches Gebiet beschränkt und sowohl den politischen Entscheidungsträgern als auch der Öffentlichkeit gleichzeitig bekannt.
- 2 Ergebnis einer sozialen Netzwerkanalyse zur österreichischen Neutralität, die vom Austrian Institut für Europa- und Sicherheitspolitik durchgeführt wurde und im Zeitraum von 2021 bis 2023 (jeweils Jahresbeginn) mehr als 65.000 Tweets analysierte.
- 3 «Swissdox»-Medienanalyse Anzahl Suchbegriffe in Klammern in deutscher Sprache: «Neutralität Schweiz» (2019: 1680; 2020: 2819; 2021: 2192; 2022: 16108; 2023: 12994) / «Neutralitätspolitik Schweiz» (2019: 74; 2020: 96; 2021: 95; 2022: 1988; 2023: 1250; Swissdox 2023a).
- 4 «Swissdox»-Medienanalyse Anzahl Suchbegriffe in Klammern in deutscher Sprache: «NATO-Kooperation Schweiz» (2019: 103; 2020: 239; 2021: 223; 2022: 1697; 2023: 1155) / «Annäherung Schweiz-NATO» (2019: 21; 2020: 116; 2021: 93; 2022: 1350; 2023: 678; Swissdox 2023b).
- 5 Es wurde «eine [...] militärische Assistenzmission zur Unterstützung der Ukraine (EUMAM) gestartet, im Zuge derer 40 000 ukrainische Soldatinnen und Soldaten trainiert wurden», jedoch nahm Österreich nicht aktiv daran teil (Franke 2024, 176).
- 6 2014 als auch 2023 rangieren «internationale Anerkennung» (Zustimmungen 2014: 93 %, 2023: 94 %), «humanitärer Gedanken» (2014: 91 %, 2023: 89 %) und «Teil der schweizerischen Identität» (2014: 87 %, 2023: 85 %) auf den ersten drei Plätzen. Gefolgt von «Bewahrung vor Konflikten» (2014: 82 %, 2023: 82 %), «Förderung des innenpolitischen Friedens» (2014: 79 %, 2023: 77 %) und «Zusammenhalt der vielsprachigen Schweiz» (2014: 74 %, 2023: 70 %). Das Merkmal «bewaffnete Neutralität» wird in beiden Jahren von einer Bevölkerungsmehrheit als am wenigsten wichtig erachtet (2014: 58 %, 2023: 58 %; Szvircsev Tresch et al. 2023, 202).
- 7 Im Vergleich zu 2014 werden 2023 die Merkmale «Teil der schweizerischen Identität», «Förderung des innenpolitischen Friedens» und «Zusammenhalt der vielsprachigen Schweiz» als signifikant weniger wichtig erachtet (Szvircsev Tresch et al. 2023, 202).
- 8 Stimmberechtigte, die der Ansicht «sobald die Neutralität für die Schweiz keine Vorteile mehr bringt, sollten wir sie aufgeben» (vgl. Szvircsev Tresch et al. 2023) zustimmen, sehen in der Neutralität keinen Wert an sich.
- 9 Wortlaut der Studienreihe «Sicherheit» des Items «differenzielle Neutralität: «Die Schweiz sollte bei politischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen, bei militärischen Konflikten aber neutral bleiben» (Szvircsev Tresch et al. 2023) für Österreich: «Österreich sollte bei politischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen, bei militärischen Konflikten aber neutral bleiben.» (Waldhauser et al. 2023; vgl. «Abschnitt Operationalisierung und Methodik»).
- 10 Die These II wird deskriptiv überprüft. Mittels multivariater linearer Regressionsmodelle wird für beide Länder der Einfluss soziodemografischer Faktoren auf die «differenzielle» Neutralität untersucht.

- 11 Wortlaut der Studienreihe «Sicherheit» des Items klare Positionierung: «Die Schweiz sollte bei militärischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen» (Szvircsev Tresch et al. 2023) für Österreich: «Österreich sollte bei militärischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen» (Waldhauser et al. 2023; vgl. «Abschnitt Operationalisierung und Methodik»).
- 12 Auch die These III wird deskriptiv überprüft. Mittels multivariater linearer Regressionsmodelle wird für beide Länder der Einfluss soziodemografischer Faktoren auf die klare Positionierung untersucht.
- 13 In der Schweiz gibt es mit Deutsch, Französisch, Italienisch und Rätoromanisch offiziell vier Landessprachen, wobei diese Mehrsprachigkeit gepflegt wird und gesetzlich verankert ist. Dabei ist Deutsch die meistverbreitete Sprache der Schweiz (Schweizerischer Bundesrat 2023).
- 14 Im Rahmen der Nachbefragung zur Studie «Sicherheit 2020» wurde eine verkürzte Befragung durchgeführt, in welcher auf Einstellungen des Sicherheitsgefühls, des Vertrauens in Institutionen und Behörden sowie den Einfluss des CORONA 20 Einsatzes der Armee fokussiert wurde. Dabei wurden keine Fragen zur Aussen- und Sicherheitspolitik und Neutralität gestellt (Szvircsev Tresch et al. 2021). Aufgrund dessen wird im Weiteren diese Erhebung für die Schweiz nicht berücksichtigt.
- 15 Die Neutralität ist in der Schweiz nicht als Staatszweck, sondern als Mittel der Aussenpolitik zu verstehen. Die Neutralitätsklausel wurde aufgrund dessen nicht in den Zweckartikel der Bundesverfassung (BV; Bundeskanzlei 1999) aufgenommen. Verfassungsrechtlich ist der Bundesrat (Art. 185 Abs. 1 BV) als auch die Bundesversammlung (Art. 173 Abs. 1 lit. a BV) dazu verpflichtet, dass die Neutralität eingehalten als auch respektiert wird (Aeschimann et al. 2004, 10; Jorio 2023, 149; Villiger 2023). Villiger (2023) führt die Haager Abkommen 1907 als primäre rechtliche Grundlagen des Neutralitätsrechts an.
- 16 Die über die neutralitätsrechtlichen Verpflichtungen hinausgehenden Massnahmen, die sich nicht an der Erfüllung einer Rechtspflicht orientieren, werden als Neutralitätspolitik definiert. Im Gegensatz zum Neutralitätsrecht kann die Neutralitätspolitik flexibel angepasst werden und ist dabei dem steten Wandel des aussen- als auch teilweise innenpolitischen Umfelds unterworfen (Kälin et al. 2022, 372), womit sie immer auch in Abhängigkeit zur nationalen und internationalen Sicherheitslage steht (Aeschimann et al. 2004, 16–19; Bender 2014; EDA 2022a, 8–9; Schweizerischer Bundesrat 2022, 5). Von der Schweiz getroffene neutralitätspolitische Massnahmen zielen darauf ab, dass ihr neutraler Status sowohl als glaubwürdig als auch als wirksam wahrgenommen wird. Dabei muss der Neutralitätsstatus im Einklang mit dem aussen- und sicherheitspolitischen Interesse der Schweiz stehen (EDA 2022a, 5; Schweizerischer Bundesrat 2022).
- 17 Am 3. März 2002 wurde die Volksinitiative «für den Beitritt der Schweiz zur Organisation der Vereinten Nationen (UNO)» von 54.61 % der Stimmbürger*innen angenommen (Swissvotes 2002).
- 18 Das obligatorische Referendum des Bundesbeschlusses über den Beitritt der Schweiz zur Organisation der Vereinten Nationen wurde am 16. März 1986 mit 75.7 % Nein-Stimmen abgelehnt (Swissvotes 1986).
- 19 Dabei ist aber das Permanent Structured Cooperation Programm (PESCO) der EU mit dem Neutralitätsrecht vereinbar (Generalsekretariat VBS 2022, 1–2; Villiger 2023).
- 20 Im Januar 2023 wird ein EU-Beitritt von 16 % und NATO-Beitritt von 31 % der Stimmberechtigten befürwortet (Szvircsev Tresch et al. 2023).
- 21 1937 lancierte der «Volksbund für die Unabhängigkeit der Schweiz» (VUS) aufgrund des Angriffs Italiens auf Abessinien eine Neutralitätsinitiative, die die Rückkehr zur «integralen» Neutralitätspolitik der Schweiz verlangte. 1938 befreite der Völkerbund die Schweiz vom Mittragen von Völkerbund-Sanktionen. Seitens Initiativkomitees wurde die Initiative noch vor ihrer Einreichung auf Antrag des Bundesrats zurückgezogen (Cassidy 2022, 12; Jorio 2023; vgl. Ferst & Roost 2023).
- 22 In Folge der durch die Schweiz im Rahmen des Libyen-Krieg 2011 übernommenen UNO-Sanktionen (UNO-Resolution 1973) wurde von der «Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz» (AUNS) eine Neutralitätsinitiative eingereicht. Auf Grund von weniger Unterschriften scheiterte diese im Sammelstadium (Bundeskanzlei 2013; vgl. Ferst & Roost 2023).
- 23 Unterschiedliche Auffassungen zur Neutralität: integrale (Neutralitätsinitiative) – «differenzielle» als auch aktive (Calmy-Rey) – kooperative (Cassis) – nichtdauernde (Rhino) – bündnisfreie / bündnisnahe (Villiger, Amherd, Burkhard, Häslar) – unbewaffnet (Gruppe für eine Schweiz ohne Armee, GSoA) – anständige Neutralität (Pfister) und Neutralitätsverzicht (Cottier; vgl. Szvircsev Tresch et al. 2023, 183). Villiger (2023, 349–350) fügt hier noch Neutralität ohne Befolgung der Haager-Konvention von 1907 (Jorio 2023) an.

24 Hier gemeint sind insbesondere die Artikel 24 (Solidarität) und Artikel 42 (Gemeinsame Verteidigung, schrittweise Verbesserung der militärischen Fähigkeiten) des Vertrages von Lissabon.

25 Österreich stellt hier seit 2009 nicht nur Truppen, sondern auch den Kommandanten aller Truppen vor Ort, den sogenannten COM EUFOR.

26 So finden sich beispielsweise in Zeitungsartikeln über die Verkündung der Anschaffung eines neuen Hubschraubertyps (AW 169 M) auch keinerlei Angaben über Bewaffnung, sondern müssen die Kapazitäten als Löschhubschrauber oder die Vorzüge des Patiententransportes hervorgehoben werden (Weissensteiner 2020).

27 Unter Berücksichtigung des Stichprobenfehlers von durchschnittlich ± 3.0 Prozentpunkten (Pp) kann weder eine zustimmende noch eine ablehnende Mehrheit für diesen Zeitraum eruiert werden.

28 Die Autorenschaft dankt Marc Stadler für die Anfertigung der Grafiken mit RStudio.

Literaturverzeichnis

- Aeschimann, S., Bichet, E., Catrina, C., Huser, B., Kaufmann, U., Margelist, S., Moser, H., Oswald, M., Plüss, R., Rusch, M., Seger, P., Stüssi-Lauterburg, J., Suremann, T., Thalmann, A. & Zemp, S. (2004). *Die Neutralität der Schweiz*. Kommunikation VBS. https://www.eda.admin.ch/dam/eda/de/documents/publications/SchweizerischeAussenpolitik/Die-Neutralitaet-der-Schweiz-2004_de.pdf
- Bender, L. (2014). *Neutralität als Mittel der Sicherheitsgewährleistung*. <https://link.springer.com/book/10.1007/978-3-658-03813-7>
- Bernauer, T. & Walter, S. (2022). Die Schweiz im europäischen und globalen Kontext. In Y. Papadopoulos, P. Sciarini, A. Vatter, S. Häusermann, P. Emmenegger & F. Fossati, *Handbuch der Schweizer Politik – Manuel de la politique suisse* (7. Aufl., S. 37–60). NZZ Libro. https://issuu.com/nzz-libro/docs/handbuch_schweizer_politik_leseprobe
- Beyer, D., Boushey, G. & Breunig, C. (2022). Punctuated equilibrium. In *Springer eBooks* (S. 1–22). https://doi.org/10.1007/978-3-658-05678-0_13-2
- Birkland, T. A. (1997). *After University Disaster Agenda Setting, Public Policy, and Focusing Events*. Georgetown Press.
- Birkland, T. A. & DeYoung, S. E. (2015). Focusing events and policy windows. In *Routledge eBooks*. <https://doi.org/10.4324/9780203097571.ch14>
- Bishop, B. H. (2013). Focusing Events and public opinion: Evidence from the Deepwater Horizon disaster. *Political Behavior*, 36(1), 1–22. <https://doi.org/10.1007/s11109-013-9223-7>
- Bühler, S. (2023, 3. April). Geheimdokument des Bundesrates: Das Verständnis für die Neutralität schwindet. *Aargauer Zeitung*. Abgerufen am 4. Dezember 2023, von <https://www.aargauerzeitung.ch/schweiz/aussenpolitik-geheimdokument-des-bundesrats-neutralitaet-darf-nicht-als-eigenbroetlerisch-wahrgenommen-werden-ld.2437062?reduced=true>
- Bundeskanzlei. (1999). *Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999*. Abgerufen am 8. August 2023, von <https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/1999/404/de>
- Bundeskanzlei. (2013). *Eidgenössische Volksinitiative «Für eine neutrale weltoffene und humanitäre Schweiz (Neutralitätsinitiative)»*. Abgerufen am 4. Dezember 2023, von <https://www.bk.admin.ch/ch/d/pore/vi/vis416.html>
- Bundeskanzlei. (2023). *Eidgenössische Volksinitiative «Wahrung der schweizerischen Neutralität (Neutralitätsinitiative)»*. Abgerufen am 4. Dezember 2023, von <https://www.bk.admin.ch/ch/d/pore/vi/vis540.html>
- Bundeszentrale für Politische Bildung [BDP]. (2025, 13. Juni). *Krieg in der Ukraine*. bpb.de. Abgerufen am 4. September 2025, von <https://www.bpb.de/themen/europa/krieg-in-der-ukraine/>
- Caminada, S. (2023, 21. September). «NZZ Podium»: Wo steht die Schweiz? – Das neueste Unbehagen im Kleinstaat. *Neue Zürcher Zeitung*. Abgerufen am 4. Dezember 2023, von <https://www.nzz.ch/zuerich/nzz-podium-wie-steht-es-um-die-schweizer-neutralitaet-ld.1757428>
- Cassidy, A. (2022). Blocher auf der Spur seiner Ahnen. *NZZ Am Sonntag*, 13.
- DeLeo, R. A., Taylor, K., Crow, D. A. & Birkland, T. A. (2021). During Disaster: Refining the Concept of Focusing Events to Better Explain Long-Duration Crises. *International Review of Public Policy*, 3(1). <https://doi.org/10.4000/irpp.1868>
- Der Bundesrat. (2024, 26. Juni). *Neutralitätsinitiative: Bundesrat beantragt Ablehnung ohne Gegenvorschlag*. Abgerufen am 19. September 2024, von <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen/bundesrat.msg-id-101632.html>
- Die Presse. (2007, 28. August). Neutralität beliebt wie Mozartkugeln. *Die Presse*. Abgerufen am 29. April 2024, von <https://www.diepresse.com/326155/neutralitaet-beliebt-wie-mozartkugeln>
- Downs, A. (1972). Up and Down with Ecology: The «Issue Attention Cycle». *The Public Interest*, 28, 38–50.
- EDA. (2022a). *Die Neutralität der Schweiz*. Abgerufen am 8. August 2023, von https://www.eda.admin.ch/dam/eda/de/documents/publications/SchweizerischeAussenpolitik/neutralitaet-schweiz_DE.pdf
- EDA. (2022b). *Fragen und Antworten zur Neutralität der Schweiz*. Abgerufen am 4. Dezember 2023, von <https://www.>

- eda.admin.ch/eda/de/home/das-eda/aktuell/newsuebersicht/2022/03/neutralitaet.html
- EDA. (2023a). *Häufige Fragen: Die Schweiz und die UNO*. Abgerufen am 4. Dezember 2023, von <https://www.eda.admin.ch/eda/de/home/das-eda/aktuell/dossiers/15-jahre-uno-mitgliedschaft-der-schweiz/fragen-schweiz-uno.html>
- EDA. (2023b). *Krieg gegen die Ukraine – Massnahmen des Bundes seit dem 24.02.2022*. Abgerufen am 8. August 2023, von <https://www.eda.admin.ch/eda/de/home/das-eda/aktuell/dossiers/krieg-gegen-ukraine.html>
- EU. (2022). *General Robert BRIEGER Chairman of the EUMC*. Abgerufen am 29. April 2024, von https://www.eeas.europa.eu/sites/default/files/documents/2023/CV%20CEUMC%20General%20Robert%20Brieger_0.pdf
- Fanzun, J. A. & Lehmann, P. (2000). Die Schweiz und die Welt: Aussen- und sicherheitspolitische Beiträge der Schweiz zu Frieden, Sicherheit und Stabilität, 1945–2000. *Zürcher Beiträge Zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung*, 57. <https://doi.org/10.3929/ethz-a-004053692>
- Ferst, T. (2026). „Zeitenwende“ in Swiss Public Opinion. Switzerland’s Membership of the UN. In M. Steinbrecher & T. Ferst, *From the Cold War to the Ukraine War – The Impact of Events and Turning Points on Public Opinion on Foreign and Security Policy*. Springer Fachmedien Wiesbaden. Series title: The Military and Social Research.
- Ferst, T. & Roost, T. (2023). 1937–2011–2022: Kriege und Sanktionen triggern das Neutralitätsverständnis und begünstigen das Lancieren von Neutralitätsinitiativen. *Stratos*, 2–23, 47–56.
- Ferst, T. & Szvircsev Tresch, T. (2023). Die Wehrstruktur der Schweiz. Herausforderungen, Voraussetzungen und Bevölkerungswahrnehmung. *Stratos*, 2–23, 20–31.
- Ferst, T., & Szvircsev Tresch, T. (2026). Switzerland & Public Opinion: Influence of Wars in Europe on Attitudes towards Neutrality and Forms of Autonomy. In P. Lottaz, N. Habtom-Desta, H. Briffa, & E. Golson, *Neutral State Actors in History: Global Case Studies* (Vol. 2). Bloombury Academic.
- Feusi, D. (2023). Herfried Münkler: «Die Bedeutung der Neutralität ist kleiner geworden». www.nebelspalter.ch. Abgerufen am 8. August 2023, von <https://www.nebelspalter.ch/herfried-muenkler-die-bedeutung-der-neutralitaet-ist-kleiner-geworden>
- Franke, U. (2024). Die verteidigungspolitische Ausrichtung der EU. Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Lichte des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine. In F. Algieri, G. Barnet, M. J. Calic, P. Carmody, G. Gressel, B. Hofbauer, A. Kammel, H. Münkler, W. Posch, B. Richter, N. Rottenberger & A. W. Stupka, *Risikobild 2024. Welt aus den Fugen* (S. 174–180). Bundesministerium für Landesverteidigung (BMLV).
- Freedom House. (2023). Explore the map. In *Freedom House*. Abgerufen am 4. Dezember 2023, von <https://freedom-house.org/explore-the-map?type=fiw&year=2023>
- Gasser, T. (2023). *Militärhistoriker im Interview – «Die Neutralität kann die Sicherheit beeinträchtigen»*. Schweizer Radio und Fernsehen (SRF). Abgerufen am 4. Dezember 2023, von <https://www.srf.ch/news/schweiz/militaerhistoriker-im-interview-die-neutralitaet-kann-die-sicherheit-beeintraehtigen>
- Gava, R. (2014). *Trusting Bankers: Continuity and Change in Swiss Banking Policy*. <https://doi.org/10.13097/archive-ouverte/unige:34751>
- Gebhard, C. (2023). Österreich und die NATO. In M. Senn, F. Eder & M. Kornprobst (Hrsg.), *Handbuch Außenpolitik Aussenpolitik Österreichs*. Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-37274-3_35
- Generalsekretariat VBS. (2022). *Internationale Kooperation in der Sicherheitspolitik der Schweiz*. Abgerufen am 4. Dezember 2023, von <https://www.vbs.admin.ch/content/vbs-internet/de/sicherheit/ukraine-krieg/download/vbs-internet/de/documents/sicherheitspolitik/sicherheitspolitische-berichte/2021/Fact-Sheet-Internationale-Kooperation-SIPOL-d.pdf>
- Gilpin, R. (2001). *Global Political Economy: Understanding the international economic Order*. Princeton University Press. <https://doi.org/10.2307/j.ctvc4j53>
- Goetschel, L. (1998). Small states inside and outside the European Union. In *Springer eBooks*. <https://doi.org/10.1007/978-1-4757-2832-3>
- Graf, T. (2024). *Was bleibt von der Zeitenwende in den Köpfen? Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild in der Bundesrepublik Deutschland 2023*. Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr. Abgerufen am 28. August 2025, von <https://zms.bundeswehr.de/resource/blob/5744428/f4c19a3180e6a1e0b403d2cc5e8349e8/zmsbw-forschungsbericht-136-bevbefragung-2023-data.pdf>
- Havel, B. (2000). An International Law Institution in Crisis: Rethinking Permanent Neutrality. *Ohio State Law Journal*. <https://works.bepress.com/brian-havel/68/>
- Heidelberger, A. (2024). *APS-Jahresrückblick 2023 – Rétrospective annuelle APS 2023*. Abgerufen am 4. April 2024, von <https://anneepolitique.swiss/dossiers/1507-dossier-jahresruckblick-2023>

- Heidelberger, A., Ziehli, K., Bühlmann, M., Amando Ammann, Marco Ackermann, Mathias Buchwalder, Bernadette Flückiger, Karin Frick, Marlène Gerber, Giada Gianola, Elia Heer, Viktoria Kipfer, Sarah Kuhn, Chloé Magnin, Hans-Peter Schaub, Catalina Schmid, Joëlle Schneuwly & Guillaume Zumofen. (2022). *APS-Jahresrückblick 2022*. Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern. https://www.anneepolitique.swiss/static_files/APS-Jahres%C3%BCckblick2022.pdf
- Herweg, N. & Zohnhöfer, R. (2022). Multiple streams Ansatz. In *Springer eBooks* (S. 1–26). https://doi.org/10.1007/978-3-658-05678-0_12-1
- Huber, M. (1932). *Grundlagen nationaler Erinnerungen*. Schulthess & Co.
- Hummler, K. & Jaeger, F. (2017). *Kleinstaat Schweiz - Auslauf- oder Erfolgsmodell?* NZZ Libro.
- Imhof, K. (2007). Sonderfallsdiskurse und Pfadabhängigkeiten: Der Fall Schweiz. In *Sonderfall Schweiz* (S. 25–55). Seismo Verlag.
- Institute For Economics & Peace. (2023). *Global Peace Index 2023*. Abgerufen am 4. Dezember 2023, von <https://www.economicsandpeace.org/wp-content/uploads/2023/06/GPI-2023-Web.pdf>
- Isoaho, E., Masuhr, N. & Merz, F. (2022). Finnlands NATO-Beitritt. *CSS Analysen Zur Sicherheitspolitik*, Nr. 310, September 2022, 1–4. <https://doi.org/10.3929/ethz-b-000563536>
- Jäger, T., Oppermann, K., Höse, A. & Viehrig, H. (2006). *Die Salienz ausenpolitischer Themen im Bundestag: Ergebnisse einer Befragung der Mitglieder des 16 Deutschen Bundestages*. Köln: Arbeitspapiere zur Internationalen Politik und Aussenpolitik. <https://ib.uni-koeln.de/fileadmin/templates/publikationen/aipa/aipa0406.pdf>
- Janik, R. (2023, 29. Oktober). Die Neutralität von gestern. *Die Presse*. <https://www.diepresse.com/17777643/die-neutralitaet-von-gestern>
- John, G. (2022, 22. Mai). *Österreich bleibt neutral – aber dafür schutzlos?* DER STANDARD. Abgerufen am 29. April 2024, von <https://www.derstandard.at/story/2000135923367/oesterreich-bleibt-neutral-aber-dafuer-schutzlos>
- Jorio, M. (2023). *Die Schweiz und ihre Neutralität: Eine 400-jährige Geschichte*. Verlag Hier und Jetzt.
- Kälin, W., Epiney, A., Caroni, M., Künzli, J. & Pirker, B. (2022). *Völkerrecht: Eine Einführung*. Stämpfli Verlag.
- Kingdon, J. W. (1995). *Agendas, alternatives, and public policies*. New York: HarperCollins College Publishers.
- Knill, C. & Tosun, J. (2015). *Einführung in die Policy-Analyse*. <https://doi.org/10.36198/9783838541365>
- Koch, G. (2014). *Die Neutralität der Schweiz und Österreichs im Vergleich*. [Dissertation]. Universität Wien.
- Kreis, G. (2004). *Kleine Neutralitätsgeschichte der Gegenwart: ein Inventar zum neutralitätspolitischen Diskurs in der Schweiz seit 1943*. Bern: Haupt Verlag.
- Krumm, T. (2013). *Das politische System der Schweiz: Ein internationaler Vergleich*. Oldenbourg Wissenschaftsverlag.
- Lauth, H., Pickel, G. & Pickel, S. (2014). *Vergleich politischer Systeme*. UTB GmbH.
- Lijphart, A. (1999). *Patterns of Democracy: Government Forms and Performance in Thirty-six Countries*. Yale University Press.
- Linder, W. (2012). *Schweizerische Demokratie: Institutionen - Prozesse - Perspektiven* (3., vollst. überarb. und aktual. Aufl. edition). Bern: Haupt Verlag.
- Linder, W. (2013). Switzerland and the EU: The puzzling effects of Europeanisation without Institutionalisation. *Contemporary Politics*, 19(2), 190–202. <https://doi.org/10.1080/13569775.2013.785830>
- Linder, W. & Wirz, R. (2017). Direkte Demokratie. In *Handbuch der Schweizer Politik / Manuel de la Politique suisse* (6. Aufl., S. 145–167). NZZ Libro.
- Luif, P. (1998). Der Wandel der österreichischen Neutralität: Ist Österreich ein sicherheitspolitischer „Trittbrettfahrer“? [Arbeitspapier 18]. Österreichisches Institut für Internationale Politik (OIIP).
- Meier, D. (2023). CH-Panzer und Neutralität. «Nicht so tun, als sei Zeit stehen geblieben und sich raushalten». *Schweizer Radio und Fernsehen*. Abgerufen am 4. Dezember 2023, von <https://www.srf.ch/news/international/ch-panzer-und-neutralitaet-nicht-so-tun-als-sei-zeit-stehen-geblieben-und-sich-raushalten>
- Merz-Benz, P. U. (2015). *Öffentliche Meinung und soziologische Theorie: Mit Ferdinand Tönnies weiter gedacht*. Springer Fachmedien.
- Milic, T., Rousselot, B. & Vatter, A. (2014). *Handbuch der Abstimmungsforschung*. Verlag Neue Zürcher Zeitung.
- Mirow, W. (2012). The Idiosyncrasies of Contemporary Swiss Security Policy and Practice: A Strategic Culture-Based Explanation. *Contemporary Security Policy*, 33(2), 337–359. <https://doi.org/10.1080/13523260.2012.693799>
- NATO. (2019). *Der Nordatlantikvertrag* Washington DC, 4. April 1949. NATO. Abgerufen am 4. Dezember 2023, von https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_17120.htm?selectedLocale=de

- NATO. (2022). *Enlargement and Article 10*. Abgerufen am 10. August 2023, von https://www.nato.int/cps/en/natohq/topics_49212.htm?selectedLocale=en
- NATO. (2023). *Finland joins NATO as 31st Ally*. Abgerufen am 10. August 2023, von https://www.nato.int/cps/en/natohq/news_213448.html
- NATO. (2024a). *NATO member countries*. NATO. Abgerufen am 3. Mai 2024, von https://www.nato.int/cps/en/natohq/topics_52044.htm
- NATO. (2024b). *NATO's partnerships*. Abgerufen am 3. Mai 2024, von https://www.nato.int/cps/en/natohq/totpics_84336.htm
- NATO. (2024c). *Sweden attends first North Atlantic Council meeting as an Ally, in discussion devoted to NATO-EU cooperation*. Abgerufen am 4. April 2024, von https://www.nato.int/cps/en/natohq/news_223476.htm?selectedLocale=en
- NDR. (2022). *Die Renaissance der NATO im Ukraine-Krieg*. Abgerufen am 17. April 2024, von <https://www.ndr.de/nachrichten/info/audio1284116-podloveplayer.html>
- Nünlist, C. (2018). Switzerland and NATO: From Non-Relationship to Cautious Partnership. In *The European Neutrals and NATO: Non-alignment, Partnership, Membership?* (S. 181–210). Palgrave Macmillan. <https://doi.org/10.1057/978-1-137-59524-9>
- Parlament Österreich. (o. D.). *Was macht die österreichische Neutralität aus?* | Parlament Österreich. Abgerufen am 29. April 2024, von <https://www.parlament.gv.at/aktuelles/news/in-einfacher-sprache/archiv/j2022/064neutralitaet>
- Parlament Österreich. (1999). *Klima: Österreichs Neutralität ist international akzeptiert. Dringliche Anfrage der Liberalen an den Bundeskanzler*. (Parlamentskorrespondenz 320). Parlament Österreich. Abgerufen am 29. April 2024, von https://www.parlament.gv.at/aktuelles/pk/jahr_1999/pk0320
- Parlament Österreich. (2022, 12. Oktober). *Regierungsvorlage: Bundes(verfassungs)gesetz – Bundesgesetz, mit dem das Bundesfinanzrahmengesetz 2023 bis 2026 erlassen wird (Bundesfinanzrahmengesetz 2023 bis 2026 – BFRG 2023-2026)*. Abgerufen am 29. April 2024, von <https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XXVII/I/1670>
- Parlament Österreich. (2024, 14. August). *Österreich als Vorreiter für Wahlen mit 16*. Abgerufen am 1. Oktober 2024, von <https://www.parlament.gv.at/aktuelles/news/Oesterreich-als-Vorreiter-fuer-Wahlen-mit-16/>
- Pelinka, A. (2003). *Österreichische Politik. Grundlagen Strukturen Trends*. WUV Universitätsverlag.
- Pickel, S. (2015). *Methodologische Grundlagen des politikwissenschaftlichen Vergleichs und Vergleichsdesigns*. In Springer eBooks (S. 1–17). https://doi.org/10.1007/978-3-658-02993-7_2-2
- Riklin, A. (2022). *Checkliste zur Neutralität der Schweiz*. *Allgemeine Schweizerische Militärzeitschrift ASMZ*, 9, 16–21.
- Roost, T., Ferst, T. & Szvircsev Tresch, T. (2023). *Kriege in Europa führen zu stärkerer Kooperationsbereitschaft mit der NATO*. *Allgemeine Schweizerische Militärzeitschrift ASMZ*, 7, 40–42.
- Schwarz, C., MSS & Urosevic, A., MA. (2023). *Österreichs Neutralität. Rolle und Optionen in einer sich verändernden Weltordnung (AIES Stu-die 1)*. Austria Institut für Europa- und Sicherheitspolitik. <https://www.aies.at/download/2023/AIES-Studie-Neutralitaet.pdf>
- Schweizer Armee. (2023). *Die Schweizer Armee verteidigt. Die Verteidigungsfähigkeit stärken*. Abgerufen am 4. Dezember 2023, von <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-97354.html>
- Schweizerischer Bundesrat. (2021). *Sicherheitspolitischer Bericht 2021*. Abgerufen am 10. August 2023, von www.fedlex.admin.ch/eli/fga/2021/2895/de
- Schweizerischer Bundesrat. (2022). *Klarheit und Orientierung in der Neutralitätspolitik*. Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulates 22.3385, Aussenpolitische Kommission SR, 11.04.2022. Abgerufen am 10. August 2023, von <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20223385>
- Schweizerischer Bundesrat. (2023). *Sprachen*. Abgerufen am 19. Dezember 2023, von <https://www.eda.admin.ch/aboutswitzerland/de/home/gesellschaft/sprachen.html#:~:text=Die%20Schweiz%20hat%204%20offizielle,wird%20und%20gesetzlich%20verankert%20ist.>
- Seidl, C. (2023, 23. Oktober). *Klare Mehrheit für Neutralität und höheres Heeresbudget*. Der Standard. Abgerufen am 29. April 2024, von <https://www.derstandard.at/story/3000000191969/klare-mehrheit-fuer-neutralitaet-und-hoeheres-heeresbudget>
- Seidl, C., Mittelstaedt, K. & Völker, M. (2022, 19. November). *Ist die Neutralität noch angemessen?* DER STANDARD. Abgerufen am 19. Juni 2024, von <https://www.derstandard.at/story/2000140994389/ist-die-neutralitaet-noch-angemessen>
- Senn, M. (2022). *Österreichs Neutralität*. In M. Senn, F. Eder & M. Kornprobst, Springer eBooks (S. 23–50). Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-37274-3_2
- Speck, U. (2022, 9. Juni). *Krieg in der Ukraine unterstreicht Bedeutung der NATO*. *Neue Zürcher Zeitung*. Abgerufen am 4. Dezember 2023, von <https://www.nzz.ch/pro>

- global/der-ukraine-krieg-und-die-wiedergeburt-der-nato-ld.1687674?reduced=true
- SRF. (2024, 11. April). *Keine Militärbündnisse – Pro Schweiz reicht Unterschriften für Neutralitätsinitiative ein*. Abgerufen am 12. April 2024, von <https://www.srf.ch/news/schweiz/keine-militaerbuendnisse-pro-schweiz-reicht-unterschriften-fuer-neutralitaetsinitiative-ein>
- Statista & Henrich, P. (2024, 26. März). *Neutralität vs. NATO-Beitritt in Österreich 2024*. Statista. Abgerufen am 29. April 2024, von <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1096513/umfrage/neutralitaet-vs-nato-beitritt-in-oesterreich/>
- Steffen, B. & Patt, A. (2022). A historical turning point? Early evidence on how the Russia-Ukraine war changes public support for clean energy policies. *Energy Research & Social Science*, 91, 102758. <https://doi.org/10.1016/j.erss.2022.102758>
- Steindl, U. M. (2023). *EU-NATO Kooperationen. Vor dem Hintergrund neuer Mitgliedschaften (5)*. Austria Institut für Europa- und Sicherheitspolitik in Kooperation mit dem Bundesministerium für Landesverteidigung.
- Stepan, M. (2023, 22. Februar). *Immerwährende Diskussion um die Neutralität*. DER STANDARD. Abgerufen am 19. Juni 2024, von <https://www.derstandard.at/story/2000143830827/immerwaehrende-diskussion-um-die-neutralitaet>
- Swissdox.ch. (2023a). «Swissdox»-Medienanalyse Anzahl Suchbegriffe in Klammern in deutscher Sprache: «Neutralität Schweiz» (2019: 1680; 2020: 2819; 2021: 2192; 2022: 16108; 2023: 12167) / «Neutralitätspolitik Schweiz» (2019: 74; 2020: 96; 2021: 95; 2022: 1988; 2023: 1988). Abgerufen am 4. Dezember 2023, von <https://www.swissdox.ch>
- Swissdox.ch. (2023b). «Swissdox»-Medienanalyse Anzahl Suchbegriffe in Klammern in deutscher Sprache: «NATO-Kooperation Schweiz» (2019: 103; 2020: 239; 2021: 223; 2022: 1697; 2023: 1064) / «Annäherung Schweiz-NATO» (2019: 21; 2020: 116; 2021: 93; 2022: 1350; 2023: 650). Abgerufen am 4. Dezember 2023, von <https://www.swissdox.ch>
- Swissvotes. (1986). *Initiative für den UNO-Beitritt*. Abgerufen am 4. Dezember 2023, von <https://swissvotes.ch/vote/338.00?term=UNO%20beitritt#search>
- Swissvotes. (2002). *Initiative für den UNO-Beitritt*. Abgerufen am 4. Dezember 2023, von <https://swissvotes.ch/vote/485.00?term=UNO%20beitritt#search>
- Szvircev Tresch, T., De Rosa, S., Ferst, T., Robert, J. & Rohr, P. (2022). *Nachbefragung der Studie «Sicherheit 2022» aufgrund des Krieges in der Ukraine. Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich und Center for Security Studies, ETH Zürich.
- Szvircev Tresch, T., Wenger, A., De Rosa, S., Ferst, T., Rizzo, E., Robert, J. & Roost, T. (2023). *Sicherheit 2023. Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich und Center for Security Studies (CSS), ETH Zürich, Birnmensdorf und Zürich.
- Szvircev Tresch, T., Wenger, A., De Rosa, S., Ferst, T., Robert, J. & Rohr, P. (2022). *Sicherheit 2022. Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich und Center for Security Studies, ETH Zürich.
- Szvircev Tresch, T., Wenger, T., Craviolini, J., Vogler-Bisig, E., Krämer, E. & Pfister, S. (2014). *Sicherheit 2014 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich und Center for Security Studies, ETH Zürich.
- Szvircev Tresch, T., Wenger, T., De Rosa, S., Ferst, T., Giovannoli, M., Moehlecke De Baseggio, E., Reiss, T., Rinaldo, A., Schneider, O. & Scurrrell, J. V. (2019). *Sicherheit 2019 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich und Center for Security Studies, ETH Zürich.
- Szvircev Tresch, T., Wenger, T., De Rosa, S., Ferst, T., Gloor, C. & Robert, J. (2021). *Sicherheit 2021 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich und Center for Security Studies, ETH Zürich.
- Szvircev Tresch, T., Wenger, T., De Rosa, S., Ferst, T. & Robert, J. (2020). *Sicherheit 2020 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich und Center for Security Studies, ETH Zürich.
- Thürer, D. (1991, 2. April). Weltoffene, verantwortliche Neutralität. *Neue Zürcher Zeitung*, 19.
- Triebenbacher, C. (2023). Neutralität? Natürlich! Doch was bedeutet das genau? *Miliz Info*, 4, 6–9. https://www.bmlv.gv.at/pdf_pool/milizinfor/ausgabe0423.pdf
- Ultsch, C. (2023, 21. April). Österreich ist verlassen, wenn es sich auf die Neutralität verlässt. *Die Presse*. <https://www.diepresse.com/6278298/oesterreich-ist-verlassen-wenn-es-sich-auf-die-neutralitaet-verlaesst>
- Universität Würzburg. (2021). *Komplettes Ranking: Gesamtwertindex 2021 (Kontextmessung)*. Abgerufen am 4. Dezember 2023, von <https://www.demokratiematrix.de/ranking>

- VBS. (2023). *Armeebotschaft 2023*. Abgerufen am 11. August 2023, von <https://www.vbs.admin.ch/de/sicherheit/armee/armeebotschaften/armeebotschaft-2023.html#dokumente>
- Villiger, M. E. (2023). *Handbuch der schweizerischen Neutralität*. Schulthess Juristische Medien AG, Zürich Genf.
- Waldhauser, C., Prinz, W. H., Straub, G. & Grossauer, A. (2023). *Trend Radar 2/2023 - Zeitenwende für die Landesverteidigung? Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild 2023*. Abgerufen am 4. April 2024, von https://www.bmlv.gv.at/pdf_pool/publikationen/trend_radar_2_2023.pdf
- Weissensteiner, N. (2020, 21. September). *Tanner setzt auf Austria First: Neue Heereshubschrauber im Anflug*. Der Standard. Abgerufen am 29. April 2024, von <https://www.derstandard.at/story/2000120154228/tanner-setzt-auf-austria-first-neue-heereshubschrauber-im-anflug>
- Wenger, A. (2022). Sicherheitspolitik. In Y. Papadopoulos, P. Sciarini, S. Häusermann, P. Emmenegger & F. Fossati, *Handbuch der Schweizer Politik / Manuel de la Politique suisse* (7. Aufl., S. 703–730). NZZ Libro.
- Widmer, P. (2008). *Die Schweiz als Sonderfall: Grundlagen – Geschichte – Gestaltung*. Verlag Neue Zürcher Zeitung.
- Widmer, P. (2020, 1. Februar). *Die Nato ist hirntot. Aber sagen darf man es nicht*. Neue Zürcher Zeitung Am Sonntag (NZZaS). Abgerufen am 25. April 2024, von <https://www.nzz.ch/meinung/die-nato-ist-hirntot-aber-sagen-darf-man-es-nicht-ld.1793141>
- Widmer, P. (2023). *Die Schweiz ist anders – oder sie ist keine Schweiz mehr*. NZZ LIBRO.
- Zala, S. (2021). Souveränität, Neutralität, Aussenhandel: Zweck und Ziele der Schweizer Aussenpolitik seit 1848. In T. Bernauer, K. Gentinetta & J. Kuntz, *Eine Aussenpolitik für die Schweiz im 21. Jahrhundert*. NZZ Libro.